

Berichte



2014

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

1

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Zum integrierten Handeln auf allen Ebenen gibt es keine Alternative	16	Veranstaltungsvorschau
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	17	Haushaltskonsolidierung unter neuen Vorzeichen
4	Orientierung für kommunale Planung und Steuerung	18	Kommunale Beteiligungskultur
6	Bundestransferstelle Soziale Stadt: Info- und Erfahrungsaustausch	20	Wasserver- und Abwasserentsorgung: intelligent und multifunktionell
8	Elektromobilität in der Stadt- und Verkehrsplanung	21	Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint?
10	Leistungsfähige Infrastruktur und nachhaltige Finanzplanung	22	Strategien der Stadtentwicklung
11	Zukunftsfähige Energiekonzepte	23	Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe
12	Klimaschutz in Kommunen sozialverträglicher gestalten	24	Klimaschutz in historischen Quartieren
13	Wettbewerbsdokumentation Kommunalen Klimaschutz 2013	25	Weitere Rubriken
13	Das Infopaket zur Kommunalrichtlinie	25	Herzlich willkommen Minden im Kreis der Difu-Zuwenderstädte!
	Neue Projekte	26	Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
14	Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen	27	Difu aktiv-Ticker – Auswahl
14	Bewertung von kommunalen Maßnahmen zur Lärminderung	28	Difu intern: Neubeginn und Abschied
15	Kleine und mittlere Unternehmen im Fokus räumlich orientierter Politik	29	Mediennachlese – Auswahl
15	Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement	30	Impressum
		31	Bestellschein

Zum integrierten Handeln auf allen Ebenen gibt es keine Alternative



Dipl.-Ing. Martin zur Nedden,
Wissenschaftlicher Direktor und
Geschäftsführer des Difu

Entscheidungsfeld Stadt

„Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens“ formuliert der zwischen den Regierungsparteien vereinbarte Koalitionsvertrag. Das Thema Stadt- und Regionalentwicklung wird explizit aufgerufen. Weitere Abschnitte des Vertrages – zum Beispiel zu den Themen Wohnen, Bauqualität, Baukultur, Verkehr – betreffen zentrale Aspekte der räumlichen Entwicklung und viele Inhalte anderer wichtiger Handlungsfelder: Umwelt, Bildung, Wirtschaft sind direkt oder indirekt ebenfalls von Bedeutung für die Stadtentwicklung. Die Themenpalette, die naturgemäß bei weitem nicht abschließend ist, dokumentiert die entscheidende Bedeutung der „städtischen Dimension“ für den Erfolg bei der Umsetzung vieler Vorhaben.

Damit die Städte aber in der Lage sind, ihre Potenziale in diesem Sinne zu mobilisieren, müssen entsprechende Rahmenbedingungen gegeben sein. Einige wenige grundsätzliche Aspekte seien im Folgenden schlaglichtartig angesprochen.

Gesamtbetrachtung erforderlich

Ungeachtet der zahlreich formulierten Ziele und Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern ist eine integrierte Gesamtbetrachtung nur begrenzt erkennbar. Nicht von ungefähr hat die von der letzten Bundesregierung berufene Expertenkommission zur Begutachtung des Fortschritts in der Nachhaltigkeitspolitik in der Bundesrepublik in ihrem Bericht „Sustainability-Made in Germany“ im Herbst letzten Jahres der neuen Bundesregierung nachdrücklich empfohlen, „sich von Beginn an zu den übergreifenden Zielen der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes zu bekennen. Innenpolitisch sollte sie sich entschließen, die Umsetzung dieser Ziele mit Hilfe einer erweiterten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu fördern...“. Des Weiteren sieht die Expertengruppe die bereits in ihrem Bericht aus dem Jahr 2009 als Defizit angesprochene schwache horizontale und vertikale Koordination als ein nach wie vor relevantes Problem an.

Es ist also zu hoffen, dass die Bundesregierung möglichst umgehend entsprechend dieser Empfehlung den Prozess zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie startet. Angesichts der zentralen Rolle, die die Städte bei der Umsetzung spielen, müssen diese

frühzeitig und umfassend in den Prozess eingebunden werden. Ihre durch langjährige Erfahrungen an der Basis umfangreichen Kenntnisse über Probleme und Chancen sowie die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern müssen zentraler Bestandteil eines solchen Prozesses sein. Nur so wird die Umsetzung der Strategie erfolgreich sein können.

Sorgfältige Auseinandersetzung mit Zielkonflikten

Spätestens die „Energiewende“ macht deutlich, dass die Abwägung von „naturgemäß“ gegebenen Zielkonflikten zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen als den drei Kernelementen nachhaltiger Entwicklung ein komplexer Prozess ist, der hohe Ansprüche an die Fähigkeit zum vernetzten Denken stellt. In diesem Zusammenhang wird auch die grundsätzliche Frage zu diskutieren sein, inwieweit es möglich ist, durch eine Green Economy ein im eigentlichen Wortsinn „nachhaltiges Wachstum“ zu generieren oder ob auch mindestens partieller Verzicht erforderlich ist. „Öko-Biedermeier vs. ökologische Moderne“ hat der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, die unterschiedlichen Positionen charakterisiert, die es zu erörtern gilt.

Gerade die jüngsten Erfahrungen zeigen auch, dass in einem solchen Prozess die alte lateinische Maxime „Was du auch tust, tue es klug und bedenke das Ende“ beachtet werden sollte. Erinnert sei nur an die mit erheblichem Ressourceneinsatz vor wenigen Jahren gestartete Kampagne zur Wärmedämmung. Schon nach kurzer Zeit hat sich gezeigt, dass die „Pudelmütze“ für Gebäude zum einen in nicht wenigen Fällen bauphysikalisch und/oder gestalterisch zu Problemen geführt hat und zum anderen darüber hinaus die ökologische Bilanz bei ganzheitlicher Betrachtungsweise wenig überzeugend ist.

Integriertes Denken und Handeln auf allen Ebenen

Neben verstärkten integrativen Herangehensweisen zur Verknüpfung räumlicher Ebenen und Struktureinheiten ist aber nach wie vor auch handlungsfeldübergreifendes Denken und Handeln auf den einzelnen Ebenen weiter zu entwickeln. Gerade auf der kommunalen Ebene sind inzwischen in vielen Städten, auch gefördert durch die Initiativen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, inte-

grierte Stadtentwicklungskonzepte entstanden. Ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit wird schriftlich und mündlich bei vielen Gelegenheiten bekräftigt, gleichwohl muss man feststellen, dass es in der Umsetzung nicht selten noch Entwicklungsbedarf gibt. Vor allem aber wäre es wünschenswert, auch auf Bundes-ebene und in den Ländern die einzelnen Politikfelder stärker miteinander zu vernetzen.

Räumliche überörtliche Planung stärken

Nicht nur in von Wachstum geprägten Regionen gilt es, Stadt und ländlichen Raum gemeinsam zu denken. Während in Wachstumsregionen eine dem Nachhaltigkeitsprinzip folgende Allokation des Wachstums im Vordergrund steht, stellen die Städte in vom Rückgang von Bevölkerung und Arbeitsplätzen geprägten Regionen die unverzichtbaren Ankerpunkte zur Gewährleistung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge dar und müssen gerade aus diesem Grunde besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Angesichts der sehr differenzierten räumlichen Entwicklungstendenzen, aber auch und vor allem zur Gewährleistung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung, sind in erheblich verstärktem Maße eine funktionsfähige Bundesraumordnung sowie Landes- und Regionalplanung erforderlich. Dabei kommt dem im Bundesraumordnungsgesetz niedergelegten „Gegenstromprinzip“ besondere Bedeutung zu. Auch auf diese Weise wird der Empfehlung der Expertengruppe zur nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf eine stärkere Verknüpfung vertikaler Ebenen Rechnung getragen.

Aufgabenadäquate Finanzausstattung

Unabdingbare Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist eine aufgabenadäquate Finanzausstattung. Nur so kann die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet werden. Es geht also nicht „nur“ um die Finanzierung der Aufgaben der Daseinsvorsorge bis hin zur Sanierung und Anpassung der Infrastruktur. Letztendlich geht es um den Erhalt bzw. die Wiedergewinnung der „Planungshoheit“ im weitesten Sinne durch Reduzierung der Abhängigkeit von Finanzausgleichsmechanismen und Förderprogrammen. Auf der Ausgabenseite sind die Kommunen mit Blick auf Überprüfung des Aufgabenumfangs und der Effizienz bei der Erbringung von Leistungen gefordert. Bund und Länder (und zunehmend die EU) sind insbesondere zur Beachtung des Konnexitätsprinzips bei neuen von den Kommunen zu erbringenden Leistungen und Standarddefinitionen aufgerufen. Darüber hinaus bedarf es einer Stär-

kung der kommunalen Einnahmen. In diesem Zusammenhang sollte endlich die inzwischen bereits seit Jahrzehnten diskutierte Reform der Grundsteuer erfolgen. In dem Zeitraum sind zahlreiche Modelle mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert worden. Insofern gibt es also kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Entscheidungsdefizit. Dabei böte sich jetzt die Chance, durch entsprechende Maßnahmen im Interesse der Innenentwicklung, beispielsweise durch die Aufnahme Bauland mobilisierender Regelungen, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern und insbesondere von Bevölkerungswachstum geprägte Kommunen bei ihrem Bemühen um Baulandbereitstellung zu unterstützen.

Neue Wege in der Wohnungspolitik

In einer Reihe von Städten und Regionen findet die über Jahrzehnte angestrebte Reurbanisierung statt. Neben vielen erfreulichen Konsequenzen bringt sie aber auch Probleme auf dem Wohnungsmarkt mit sich. Neben der genannten Baulandbereitstellung ist nach Jahren einer gewissen Abstinenz wieder eine aktive Wohnungspolitik der öffentlichen Hand gefordert, um die negativen Effekte von Knappheit wenigstens zu mindern. Alle Erfahrungen zeigen, dass ein freies Spiel der Marktkräfte dieses nicht gewährleistet. Neben „klassischen“ Instrumenten wie Wohnungsbauförderung und Mietrecht ist eine Art Instrumentenkasten zu entwickeln, der es erlaubt, neue, der Kreativität und den wirtschaftlichen Möglichkeiten von Initiativen zur Schaffung von Wohnraum sowie den jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragende Wege zu beschreiten. Erste erfolgreiche Modelle hierzu gibt es. Eine wesentliche Voraussetzung dabei sind flexible Rechts- und Förderinstrumente.

Fazit

Allein dieser nur wenige Schlaglichter enthaltende Ausschnitt des breiten Themenspektrums der Stadtentwicklung zeigt, dass es erheblichen Handlungsbedarf zur Bewältigung der Herausforderungen gibt, aber auch Erfolg versprechende Optionen zur Erreichung dieses Ziels bestehen. Dazu müssen die notwendigen Konzeptentwicklungs- und Entscheidungsprozesse zielgerichtet und schnellstmöglich in Angriff genommen werden. „Was in unseren Städten geschieht und/oder unterbleibt, wird das immer gefährdetere Schicksal der Menschheit vermutlich spürbar beeinflussen.“ Diese Passage aus dem Vorwort des von einem der Initiatoren des Difu, Martin Neuffer, damals Oberstadtdirektor von Hannover, 1973 verfassten Buches mit dem Titel „Entscheidungsfeld Stadt“ hat in den letzten 40 Jahren an Gültigkeit nichts eingebüßt.

Tipp zum Weiterlesen:

- **Koalitionsvertrag:**
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- **Sustainability – Made in Germany**
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/20130925_Peer_Review_Sustainability_Germany_2013.pdf
- „Öko-Biedermeier vs. ökologische Moderne“: Die grüne Revolution von Ralf Fücks (Analysen und Alternativen, in »Blätter für deutsche und internationale Politik« 8/2013, S. 57-65)
<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/august/oeko-biedermeier-vs.-oekologische-moderne-die-gruene-revolution>
- Häußermann, Hartmut, Dieter Läßle und Walter Siebel: Stadtpolitik, Frankfurt am Main 2008. ISBN: 978-3-518-12512-0
- Loske, Reinhard: Wie weiter mit der Wachstumsfrage?, Rangsdorf 2012. ISBN: 978-3-941365-21-6
- Neuffer, Martin: Entscheidungsfeld STADT. Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik – Standortprüfung der kommunalen Selbstverwaltung, Stuttgart 1973. ISBN: 3-42102371-9

Dipl.-Ing. Martin zur Nedden
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: zurnedden@difu.de

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung



Ein neuer Handlungsleitfaden des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung.

WÜSTENROT STIFTUNG



Die Stadtentwicklung ist gegenwärtig vielfältigen und zum Teil stark veränderten Herausforderungen unterworfen, die sich mehr oder weniger unmittelbar auf die vorhandenen Infrastrukturen auswirken. Technische Infrastrukturen müssen beispielsweise an den Klimawandel angepasst werden, vor allem aber gilt es, ihre Potenziale zum Klimaschutz, zur Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien konsequent auszuschöpfen. Soziale Infrastrukturen wiederum stehen angesichts der demografischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung, veränderter Haushaltsstrukturen sowie sich wandelnder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen vor erheblichen Anpassungsnotwendigkeiten. In einigen sozialen Einrichtungen geht das Nutzerpotenzial deutlich zurück, während es in anderen Einrichtungen wächst. Gleichzeitig müssen die Einrichtungen veränderten inhaltlichen Ansprüchen und/oder Leistungsspektren genügen. Neue Konzepte hinsichtlich Planung und Betrieb sind erforderlich, teilweise auch neue Träger- und Organisationsmodelle.

Auch die Rolle der Kommunen in der infrastrukturbezogenen Planung wandelt sich. In vielen Bereichen ist eine Zunahme direkt oder indirekt an der Planung zu beteiligender Akteure festzustellen. Stärkere Beteiligungsorientierung bedeutet dabei jedoch nicht zwangsläufig eine zurückgenommene Bedeutung der Planung. Im Gegenteil, es sind eine stärkere Einflussnahme und vor allem eine verbesserte Abstimmung zwischen Stadt- und Infrastrukturentwicklung ebenso notwendig wie die Nutzer- und Betroffenenbeteiligung, um angepasste Lösungen realisieren zu können.

In den letzten Jahren haben Konzepte der integrierten oder integralen Planung an Bedeutung gewonnen. Integrierte Stadtentwicklungsplanung erweitert dabei das hoheitliche Instrument der Stadtplanung und zeichnet sich nicht zuletzt durch einen dezidierten Raumbezug sowie partizipative und marktorientierte Handlungsformen aus. Sie koordiniert zwischen räumlichen Ebenen sowie zwischen Fachplanungen und Fachpolitiken. Insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der Energiewende – im Sinne der Steigerung der Energieeffizienz sowie des Ausbaus erneuerbarer Energien im urbanen Raum –

erfährt die integrierte Stadtentwicklungsplanung eine sektorale Zuspitzung als integriertes Energie- oder auch Klimaschutzkonzept. Bei diesen Konzepten handelt es sich nicht um eine zusätzliche formelle Planungsebene, sondern um ein auf kooperative Verfahren zielendes informelles Instrument der strategischen, das heißt ziel- und umsetzungsorientierten Steuerung. Solche Konzepte können sowohl der Bündelung der personellen und finanziellen Ressourcen als auch der Organisation der politischen Willensbildung dienen. Bausteine ressortübergreifender Zusammenarbeit sind beispielsweise das Abstimmen der Ziele und Leitbilder, das Festlegen der Federführung, das Verabreden von Mechanismen der Konfliktlösung und eine möglichst hoch angesiedelte Gesamtverantwortung, das Fixieren einer verbindlichen Arbeitsplanung und Arbeitsteilung sowie regelmäßige Arbeitsbesprechungen am „Runden Tisch“.

In der Vergangenheit bildeten Richt- und Orientierungswerte in Form von verbindlichen Standards oder auch nur allgemeinen Empfehlungen eine wichtige Grundlage, um planerische Maßnahmen im Sinne einer Zielerreichung strategisch auszurichten. Ihre Anwendung galt und gilt sinnbildlich für eine durchdachte Planung. Allerdings verlieren quantitative Vorgaben seit etlichen Jahren zunehmend an Bedeutung. Dies gilt besonders in den Bereichen der sozialen Infrastruktur. Zwar wissen die handelnden Akteure um vorhandene Standards, wie sie beispielsweise in Vorgaben der Bundesländer enthalten sind, doch sind diese Standards vielfach kaum noch passfähig für die Rahmenbedingungen vor Ort.

Anders ist die Situation im Bereich der technischen Infrastrukturen. Zwar müssen vorhandene – insbesondere technische – Standards eingehalten werden, doch sind diese an Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung oder bestimmter Bedarfe orientiert, die nicht mehr zeitgemäß sind und eine Anpassung insbesondere technischer Netze und Anlagen an tatsächliche Gegebenheiten erschweren. Zudem bedingt die zunehmende Ausdifferenzierung von Angebotsformen und Bedarfen, dass sich Orientierungen heute nicht mehr für einen gesamten Infrastrukturbereich ermitteln lassen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Präsident der Akademie für
Raumforschung und
Landesplanung, Hannover

Bestellung:

siehe Bestellschein

Im Bereich der sozialen Infrastrukturen bedeuten infrastrukturelle Anpassungen heute primär Bestandsentwicklung anstelle von Ausbau, was eine komplexere Planungsaufgabe als eine Neuplanung ist. Städtebauliche Richtwerte finden dabei zwar immer noch Anwendung (wenngleich nicht in jedem Bezirk oder Stadtteil), sie werden jedoch in der kommunalen Praxis regelmäßig um Modellrechnungen, Simulationen oder andere prognostische Verfahren ergänzt. Nicht selten beruhen infrastrukturelle Anpassungsmaßnahmen auch auf mehr oder weniger begründbarem Erfahrungswissen. Allerdings heißt dies ausdrücklich nicht, dass Richt- und Orientierungswerte keine Bedeutung mehr besitzen. Gerade weil sich die Planungsgrundlagen weiter ausdifferenzieren, wird von Seiten der Praxis eine gewisse Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit immer wieder auch gefordert, nicht zuletzt dann, wenn es darum geht, die Politik auf mögliche Ausstattungsdefizite hinzuweisen. Doch sind solche Maßstäbe bei sich ausdifferenzierenden Bedarfen und regional oder auch teilsräumlich stark abweichender Nachfrage eben kaum noch herstellbar. Dies gilt umso mehr, als Bestandsentwicklung stets auch die Einbeziehung alternativer Infrastrukturangebote umfasst, die durch vorhandene Vorgaben nur unzureichend berücksichtigt werden. Qualitative Verbesserungen gewinnen gegenüber quantitativen Vorgaben an Bedeutung, wobei die Kommunen vor allem effiziente, finanziell machbare Lösungen anstreben.

Gerade dort, wo Infrastrukturen aufgrund übergeordneter Rahmenbedingungen umgebaut und transformiert werden müssen, fehlt es im Allgemeinen an übertragbaren Orientierungen oder gar an Standards. Dies zeigt sich etwa im Energiebereich dort, wo erneuerbare Energien im bebauten Raum genutzt werden sollen und dies unter Berücksichtigung u.a. von Sanierungsständen, Bausstruktur, vorhandenem Versorgungssystem und sozialer Verträglichkeit erfolgen soll oder muss. Die optimale Versorgungsstruktur lässt sich nur ermitteln, wenn entsprechend der jeweiligen örtlichen Situation geklärt ist, wie Energiebedarf, Energieinfrastruktur, Versorgungspotenziale und mögliche Einspar- oder Effizienzmaßnahmen räumlich verknüpft sind. Durch entsprechende Visualisierungen mittels Karten und Plänen sowie unter Beachtung von technisch-wirtschaftlichen Funktionsschwellen und energetischen Kennwerten ist das Gesamtkonzept zu entwickeln. Im Bereich der schulischen Bildung wiederum geht es darum, vielfältige Formen von Schulorganisation, Betriebsform, Aufgabenverteilung und

Kooperation zu ermöglichen, anstatt fixe Planungskategorien vorzugeben. Dies setzt neben einem veränderten Selbstverständnis des Schulträgers eine stärkere Selbststeuerung und damit Eigenverantwortung der Schulen voraus. Die Eigenverantwortlichkeit bezieht sich dabei vor allem auf personelle, organisatorische, finanzielle und pädagogische Aspekte. Darüber hinaus geht es um den gezielten und strukturierten Dialog zwischen Schulträgern, Schulen, Lehrkörpern, Elternschaft, Schülerschaft und anderen Partnern vor Ort. Um den gesellschaftlichen Outcome des Bildungsangebots zu erfassen, bedarf es der systematischen Bildungsberichterstattung mit strategischer Erfolgskontrolle (Monitoring) und Fortschreibung inklusive geeigneter Informations- und Beratungssysteme.

Mit dem vorliegenden Leitfaden wird eine Handlungshilfe für die strategische Planung bei multioptionalen Infrastrukturlösungen vorgelegt. Inhaltliche Orientierungen, vor allem aber Hinweise zum Prozess einschließlich geeigneter Methoden und Instrumente stehen dabei im Fokus.

Der neue Leitfaden wurde am 26. März 2014 im Rahmen einer vom Difu gemeinsam mit der Wüsterot Stiftung in Berlin durchgeführten Dialogveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt.

Luftbild Sandtorpark mit Katharinenschule in Hamburg

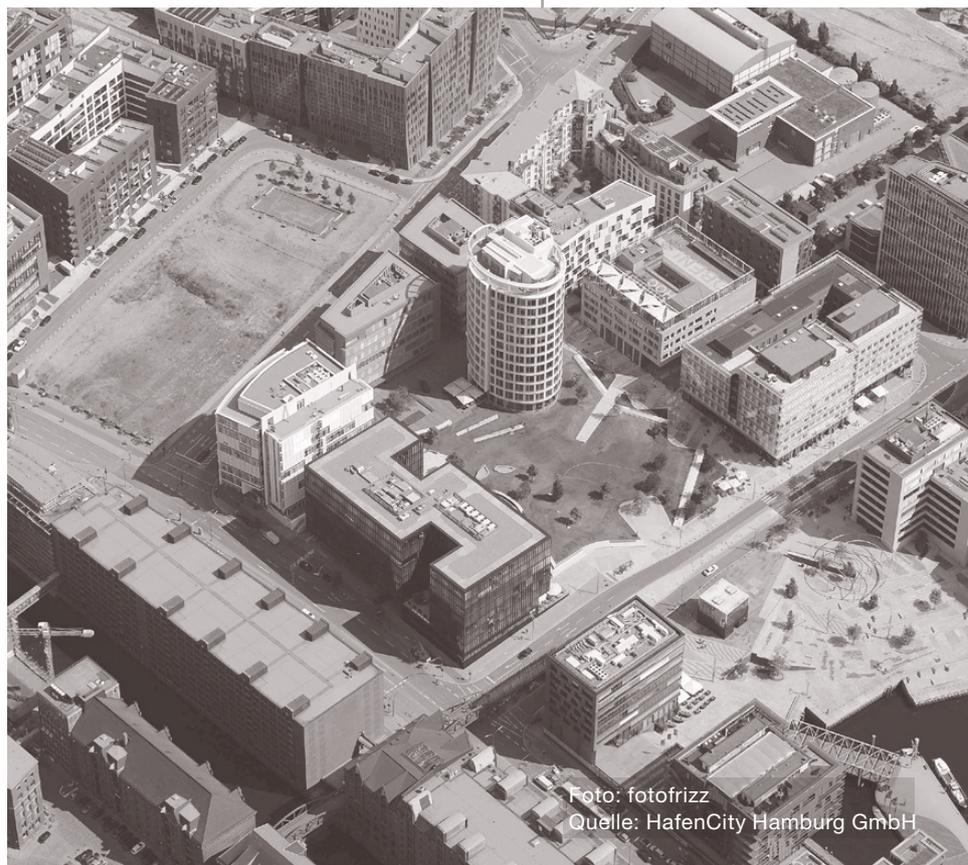


Foto: fotofrizz
Quelle: Hafencity Hamburg GmbH

Bundestransferstelle Soziale Stadt: Info- und Erfahrungsaustausch

Gute Beispiele – Dokumentation Transferwerkstatt – Kurzexpertise „Neue Armutszuwanderung“

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. nat. Thomas Franke

Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing.

Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

www.staedtebaufoerderung.
info

Die beim Difu angesiedelte „Bundestransferstelle Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ dient dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch aller an der Programmumsetzung Beteiligten. In diesem Rahmen hat die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) arbeitende Transferstelle drei aktuelle Online-Veröffentlichungen erstellt:

Gute Beispiele aus der Praxis vor Ort

Die Publikation „Gute Beispiele aus der Praxis vor Ort“ soll dem Informations- und Wissenstransfer sowohl zwischen den am Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ beteiligten Kommunen als auch programmübergreifend für Akteure der Städtebauförderung dienen. Ziel ist es, Projekte, Maßnahmen oder Handlungsbeispiele aus unterschiedlichen programmrelevanten Themenfeldern darzustellen und bewährte Lösungsansätze nachvollziehbar zu illustrieren. Die acht aus den Programmkommunen Berlin, Dillingen, Gundelsheim, Ludwigsburg, Mülheim an der Ruhr, München, Nürnberg, Rosenheim ausgewählten guten Beispiele gliedern sich in vier zentrale

Themenfelder im neuen Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“:

- Einbindung von Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Programmumsetzung,
- Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte,
- Aktivierung und Beteiligung von Bewohnern, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sowie
- Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter sowie weiterer sozialer Infrastrukturen.

Dabei werden gute Beispiele nicht im Sinne eines „Rankings“ verstanden. Vielmehr geht es darum, gelungene Maßnahmen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern exemplarisch und damit stellvertretend für viele andere vorzustellen.

Dokumentation „Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier: Programmschwerpunkte in der Praxis“

Am 29. und 30. April 2013 trafen sich im „Kulturort DEPOT“ im Programmgebiet Dortmund-Nordstadt mehr als 100 Akteure der Sozialen Stadt zu der Veranstaltung „Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier: Programmschwerpunkte in der Praxis“. Ziel der Werkstatt war es, Kenntnisse zur Umsetzung der wesentlichen Themenfelder des weiterentwickelten Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ zu gewinnen und einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren der lokalen, der Landes- und der Bundesebene zu ermöglichen. Dazu wurden Praxisbeispiele aus der Arbeit ausgewählter Kommunen präsentiert. Zudem referierten Vertreter der Bundes- und Landesebene sowie aus der Wissenschaft.

Zentrale Ergebnisse der Transferwerkstatt:

- **Themenfeld „Einbindung Dritter in die Programmumsetzung“:** Die Bedeutung der Unterstützung des Programms durch Stiftungen und Unternehmen nimmt zu,

Transferwerkstatt „Soziale Stadt –
Investitionen im Quartier“,
Dortmund, April 2013



Foto: Wolf-Christian Strauss

darf jedoch nicht zu einem Rückzug der öffentlichen Hand aus ihren Pflichten der Daseinsvorsorge oder sogar zu einem Fördermittlersatz führen. Vielmehr ist es in der Ansprache möglicher Förderer und in der Kommunikation nach außen und innen wichtig zu vermitteln, dass es sich bei privatem Engagement um zusätzliche Aktivitäten handelt, mit denen Maßnahmen des Sanierungsprozesses sinnvoll ergänzt werden.

■ **Themenfeld „Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern“:**

Jede Bevölkerungsgruppe lässt sich aktivieren – richtiger (sprachlicher und kultureller) Zugang vorausgesetzt; „Erfolge“ von Aktivierung und Beteiligung lassen sich jedoch kaum in Zahlen messen. Mit Blick auf „Verstetigung“ bedeuten Aktivierung und Beteiligung vor allem die kommunale Regelfinanzierung von „Motorenfunktionen“ vor Ort (Quartiermanagement etc.).

■ **Themenfeld „Verbesserung sozialer Infrastrukturen“:**

Für den Erhalt von Strukturen im Stadtteil ist eine Sockelfinanzierung über die Programmlaufzeit hinaus notwendig. Einzelne Quartiere benötigen mit Blick auf ihre fortwährenden Integrationsleistungen für sozial bzw. sozio-ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zudem eine über eine solche Sockelfinanzierung hinausgehende dauerhafte finanzielle Unterstützung. Vor dem Hintergrund der baulich-investiven Ausrichtung des Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ wird zudem die Einrichtung eines Budgets „Soziale Projekte“ durch Bund und Länder gefordert.

Kurzexpertise „Neue Armutszuwanderung aus Südosteuropa“

Seit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union zu Beginn des Jahres 2007 ist in Deutschland ebenso wie in anderen europäischen Mitgliedstaaten ein verstärkter Zuzug aus diesen beiden Ländern zu beobachten. Dabei wandern nicht nur qualifizierte Bürger zu, die bereits in ihrem Herkunftsland vergleichsweise gute Teilhabechancen haben. Ein Teil der Wanderungsbewegungen aus Südosteuropa ist auch Folge prekärer Lebensbedingungen (Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen) sowie erheblicher Defizite beim Minderheitenschutz und bei der Einhaltung der Menschenrechte in den beiden neuen Mitgliedstaaten. Davon besonders betroffen ist die ethnische Minderheit der Roma.

Die Zielgebiete der neuen Armutszuwanderung aus Südosteuropa in Deutschland sind vorwiegend benachteiligte Stadtteile einiger Großstädte wie Berlin, Dortmund, Duisburg,

und Mannheim. Häufig sind dies Fördergebiete der Sozialen Stadt, weshalb sich im Programmkontext unter anderem folgende Fragen stellen:

- Welche Probleme, Herausforderungen und Handlungserfordernisse sind mit der neuen Armutszuwanderung für die Quartiere verbunden?
- Welche Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung der Probleme und Herausforderungen gibt es vor Ort?
- Welche Bedeutung hat hierbei das Programm Soziale Stadt?

Insgesamt wird deutlich, dass die neue Armutszuwanderung teils mit äußerst schwierigen Begleitbedingungen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Arbeit/Beschäftigung, Gesundheit und soziales Miteinander verknüpft ist. Quartiere, die ohnehin große soziale und Integrationslasten tragen, werden dadurch vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Aktivitäten zur Bewältigung dieser Probleme beziehen sich prinzipiell auf alle genannten Bereiche. Neben eher punktuell wirkenden Einzelmaßnahmen entwickeln die Quartiere und Kommunen dabei zunehmend auch ressort- und fachübergreifend strategische Konzepte für ganzheitliche und vernetzte Herangehensweisen – sowohl gebietsbezogen als auch gesamtstädtisch.

Die Ergebnisse der Kurzexpertise zeigen, dass im Rahmen des Programms Soziale Stadt viele Strukturen geschaffen wurden, die auch für den Umgang mit neuer Armutszuwanderung von Bedeutung sind:

- akteursbezogene Strukturen im Stadtteil: lokales Quartiermanagement, Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen, Netzwerke,
- infrastrukturelle Einrichtungen und Angebote vor Ort,
- ressortübergreifende Strukturen in der Kommunalverwaltung.

Zudem ist die „Soziale Stadt“ bislang das einzige Programm zur strategischen und ressortübergreifenden Entwicklung von Quartieren, die mit Blick auf Zuwanderung dauerhaft Integrationsleistungen für die Gesamtstadt erbringen. Die mit der Armutszuwanderung verbundenen komplexen Probleme können jedoch keinesfalls allein durch das Programm Soziale Stadt gelöst werden. Letztlich lassen sie sich nur dann erfolgreich bewältigen, wenn Kommunen, Länder, Bund, Europäische Union, Herkunftsländer und andere relevante Akteure gemeinsam – auch finanziell – Verantwortung übernehmen, zusammen nach Lösungen suchen und diese koordiniert umsetzen.

Veröffentlichungen online:

Gute Beispiele aus der Praxis vor Ort:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=2WO8J5IX>

Dokumentation Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VSIL4YO9>

Kurzexpertise „Neue Armutszuwanderung aus Südosteuropa“:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=B15QHYX7>



Bau eines Dirt-Tracks im Rahmen des guten Beispiels „Jugendfonds“ im Dillinger Programmgebiet

Foto: Thomas Seeber, Saarlouis

Elektromobilität in der Stadt- und Verkehrsplanung

Herausforderung für Politik, Verwaltung und Bürger

Der anfängliche „Hype“ der Elektromobilität scheint verfliegen, der Gipfel der Berichterstattung überwunden. Das damit verbundene „Weniger“ an Heilsversprechen und das „Mehr“ an Realität scheinen der Umsetzung vor Ort zuträglich zu sein, denn immer mehr Städte beschäftigen sich mittlerweile mit dem Thema. Die Aktivitäten der Städte und Gemeinden in den „Modellregionen Elektromobilität“, einem Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) sind jedoch sehr unterschiedlich. Alle verfolgen das Ziel, die Elektromobilität alltagstauglich und anwendungsorientiert schrittweise in unseren Alltag zu verankern. Ideen und Modelle sind dabei vielfältig. So wurden in den vergangenen Jahren innovative Geschäftsmodelle entwickelt, Carsharing-Flotten „elektrifiziert“, Elektrobusse eingesetzt und Ladeinfrastruktur im Stadtraum oder in Mobilitätspunkten verankert. Was vor wenigen Jahren noch undenkbar schien, ist heute bereits machbar.

Trotz aller Fortschritte: Elektromobilität ist kein „Selbstläufer“. Die Erprobung elektrisch betriebener Fahrzeuge ist in konkreten Einsatzbereichen zwar stark vorangeschritten, aber erst vereinzelt zum Regelfall geworden. Die Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, unter rechtlich noch unklaren Rahmenbedingungen Elektromobilität in den

Städten zu verankern. Die Integration der Elektromobilität in die kommunale Planung ist noch uneinheitlich und zeigt Lücken bei der Integration in übergeordnete Strategien und Planungen sowie der Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel und -angebote.

Das Difu begleitet die Projekte und Aktivitäten in den Modellregionen wissenschaftlich mit Blick auf die Themen Ordnungsrecht sowie Stadtentwicklung und Verkehr. Koordiniert wird die Begleitforschung von der NOW (Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie) im Auftrag des BMVI. Neben der Bearbeitung offener Fragen hat die Begleitforschung das Ziel, den Erfahrungsaustausch der Akteure zu fördern sowie Netzwerke zu knüpfen und zu stärken.

Die Begleitforschung des Themenfelds Stadtentwicklung und Verkehr befasst sich mit konkreten kommunalen Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Etablierung der Elektromobilität vor Ort. Hier werden Lösungswege diskutiert und kommunale Handlungsspielräume aufgezeigt.

Im Themenfeld Ordnungsrecht geht es um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Elektromobilität in den Kommunen. Es dient dem Erfahrungsaustausch im Hinblick auf die Rechtspraxis in den Modellregionen und



Veröffentlichungen online:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=2HS1681F>

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=113F85D9>

E-Fahrzeuge zur Ergänzung des ÖPNV-Angebots

Foto: Jürgen Gies





Solar-Ladestation für Pedelecs

dem Artikulieren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs. Es wird deutlich, wo Grenzen des geltenden Rechtsrahmens liegen. Dabei werden neben straßenrechtlichen und -verkehrsrechtlichen Fragen eine große Bandbreite weiterer Rechtsgebiete berührt.

Anfang Februar fand in Bremen die Fachkonferenz „Elektromobilität vor Ort“ für Kommunen statt. Hier stellte das Difu die Arbeitsergebnisse in zwei Veröffentlichungen vor:

Elektromobilität in der Stadt- und Verkehrsplanung: Praxiserfahrungen aus den Modellregionen und weitere Wissensbedarfe

Die Publikation bietet einen systematischen Blick auf bisherige Aktivitäten und beleuchtet wichtige Handlungsfelder für die Verankerung der Elektromobilität auf kommunaler Ebene. Neben konkreten Einsatzfeldern elektrischer Fahrzeuge steht die Einbindung in kommunale Mobilitätsstrategien sowie in die Stadtentwicklung und Stadtplanung im Fokus. Es wird dargestellt, in welchen Bereichen und Modellprojekten bereits stadt- und verkehrsplanerische Aspekte der Einführung der Elektromobilität berücksichtigt wurden und welche Hauptfragestellungen für die kommunale Planungspraxis relevant sind. Dabei werden sowohl bestehende Umsetzungshemmnisse als auch künftige Wissensbedarfe identifiziert.

Genehmigungsprozess der E-Ladeinfrastruktur in Kommunen: Strategische und rechtliche Fragen

In der Publikation „Genehmigungsprozess der E-Ladeinfrastruktur in Kommunen: Strategische und rechtliche Fragen“ steht der Ge-

nehmigungsprozess der E-Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum im Mittelpunkt und wird anhand von Erfahrungen in den Modellregionen Elektromobilität dargestellt. Hierbei wird nicht nur das eigentliche straßenrechtliche Genehmigungsverfahren im engeren Sinne dargestellt, es werden auch Prozessschritte wie die Erstellung eines Standortkonzepts aufgenommen. Eine sorgfältige Erledigung dieser Arbeitsschritte ermöglicht die Vereinfachung und Verkürzung des Gesamtprozesses.

Die Einführung der Elektromobilität auf kommunaler Ebene steht bei den Aktivitäten im laufenden Jahr weiterhin im Fokus. Ein Schwerpunkt ist unter anderem das Thema E-Wirtschaftsverkehr. So wird im weiteren Projektverlauf, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren, ein Leitfaden zum E-Wirtschaftsverkehr entwickelt, bei dem die Rahmenbedingungen von und die Anreize für Kommunen im Mittelpunkt stehen. Vor dem Hintergrund zunehmend strengerer Emissionsvorgaben wird erörtert, wie der Einsatz von Elektrofahrzeugen im stark wachsenden Wirtschaftsverkehr gefördert werden kann. Weiterhin stehen das Verwaltungshandeln und Fragen nach den Grenzen und Möglichkeiten bestehender Planungsinstrumente bei der Einführung der Elektromobilität im Mittelpunkt. Wie viele Städte sich mittlerweile mit dem Thema E-Mobilität in der Kommune vor Ort auseinandersetzen und wie sie dies tun, wird in einer aktuellen Städtebefragung untersucht. Die Ergebnisse hierzu werden im Sommer vorliegen. Für das Themenfeld Ordnungsrecht wird die gesetzgeberische Entwicklung im Laufe des Jahres 2014 von besonderer Bedeutung sein.

Weitere Informationen:

Stadtentwicklung und Verkehr
Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Ordnungsrecht
Ass. iur. Thomas Warnecke
Telefon: 030/39001-157
E-Mail: warnecke@difu.de

Bestellung und Download:
siehe Bestellschein

Leistungsfähige Infrastruktur und nachhaltige Finanzplanung

Wie können Kommunen es schaffen, finanzielle Handlungsfähigkeit und notwendige Investitionen zum Erhalt und zur Entwicklung ihrer Infrastruktur in Einklang zu bringen? Wie ist es möglich, Schulden zu tilgen und gleichzeitig eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten? Wie können die Finanz- und Infrastrukturplanung langfristig die Finanzierung von Investitionen sichern? Welche Instrumente werden dazu benötigt und wie sind diese einzusetzen? Dies sind Fragen, die sich die Stadt Köln stellt und gestellt hat. Erste Antworten hierzu liefert eine Vorstudie, die das Difu gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität zu Köln im Auftrag der Rheinmetropole Köln durchgeführt hat.

Den Ausgangspunkt bildet dabei ein vom Difu entwickeltes Grobkonzept für eine nachhaltige Finanz- und Infrastrukturplanung. Ziel der Vorstudie war es, vorhandene Grundlagen für ein solches Instrumentarium in Bezug auf Informationen und Daten, relevante Akteure, zeitliche Abläufe und methodische Herangehensweisen zu erfassen. Damit sollten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer nachhaltigen Finanzplanung in Köln, mit besonderem Blick auf die Infrastrukturausstattung der Stadt, geklärt werden. Die Herangehensweise der Vorstudie und die daraus abgelei-

teten Schlussfolgerungen sollten darüber hinaus auch für andere Kommunen Anregungen und Hinweise liefern.

Die Bestandsaufnahme erfolgte gemeinsam mit Ratsvertretern, Fachleuten der Verwaltung sowie mit Vertretern der Stadtwerke und großen Beteiligungsunternehmen durch Workshops und Interviews. Eine Tragfähigkeitsanalyse zeigte auf plakative Weise negative Auswirkungen eines „Weiter so“ anhand der sich in diesem Fall ergebenden Tragfähigkeitslücke. Als Grundlage für die Entwicklung konkreter Maßnahmen wurden die Stärken und Schwächen der Stadt bezogen auf das Ziel einer nachhaltigen Finanz- und Infrastrukturplanung sowie die Chancen und Risiken, die sich aus einzelnen Entwicklungssträngen ableiten lassen, analysiert.

Zudem wurden im Rahmen der Vorstudie auch Kriterien zur Beurteilung der Nachhaltigkeit kommunaler Finanzen und Infrastruktur erarbeitet. Dabei werden insbesondere auch Faktoren wie der Erhalt des kommunalen Vermögens oder die bedarfsgerechte Bereitstellung von Infrastruktur thematisiert.

Für die Stadt Köln ergibt sich aus der Analyse eine Reihe von Anknüpfungspunkten für das weitere Vorgehen. Künftige Prozesse sollten beispielsweise auf den bereits vorhandenen strategisch ausgerichteten Steuerungsansätzen aufbauen. Während die demografische Entwicklung in ihren verschiedenen Facetten bereits bei der Planung von Infrastruktureinrichtungen berücksichtigt wird, sollte analog dazu auch die Entwicklung anderer wesentlicher Rahmenbedingungen betrachtet werden. Eine zentrale Herausforderung für die Stadt Köln ist die Schaffung einer gemeinsamen Datenbasis für das Monitoring der steuerungsrelevanten Informationen. Außerdem ist zu klären, wie die Partner im Konzern Stadt noch stärker als bisher für eine abgestimmte Strategie gewonnen und insbesondere auch die Beschäftigten mit ihren Ideen und Potenzialen, aber auch ihren Befürchtungen und Problemen, in den Prozess eingebunden werden können. Zentrale Ergebnisse der Vorstudie sind nun veröffentlicht und dienen als Beitrag für die weitere Diskussion über nachhaltige kommunale Finanzen.



Weitere Informationen:

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Wichtige Elemente einer nachhaltigen Finanz- und Infrastrukturplanung



Quelle: FiFo Köln und Difu, 2014

Deutsches Institut für Urbanistik



Zukunftsfähige Energiekonzepte in Kommunen

Dokumentation des 18. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten

Zukunftsfähige Energiekonzepte in Kommunen standen im Mittelpunkt des 18. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der im April 2013 in Mannheim stattfand.

Energiekonzepte sollen einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung einer nachhaltigen und klimaschonenden Energieversorgung leisten. Sie sind auf vielen Ebenen zu finden: Neben dem 2010 von der Bundesregierung vorgestellten nationalen „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ existieren auch zahlreiche Konzepte auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den regionalen und kommunalen Energiekonzepten zu, die in Deutschland schon seit den 1970er-Jahren aufgestellt werden. Sie fungieren als Bindeglied zwischen internationalen und nationalen Konzepten auf der einen und kommunalen, kleinteiligen Konzepten und Einzelmaßnahmen auf der anderen Seite. Ihre Aufgabe ist es, (energiebezogene) übergeordnete Ziele räumlich zu konkretisieren und gleichzeitig kommunale Zielsetzungen und Strategien zu bündeln.

In den vergangenen Jahren haben sich Schwerpunkte und Inhalte von Energiekonzepten erheblich verändert. Bis Anfang der 1990er-Jahre stand vor allem der Ausbau der leitungsgebundenen Versorgung im Vordergrund. Mittlerweile liegt der Schwerpunkt von zukunftsfähigen Konzepten auf der Steigerung der Energieeffizienz, der Reduktion des kommunalen und regionalen Energieverbrauchs und dem Aufzeigen von Möglichkeiten, Strategien und Vorgehensweisen für den Ausbau erneuerbarer Energien. Energiekonzepte existieren in unterschiedlichstem Aufbau und verschiedenster Struktur, teilweise werden sie auch im Rahmen von integrierten Klimaschutzkonzepten erstellt.

Vor dem Hintergrund der Energiewende sind zukunftsfähige Energiekonzepte eine aktuelle Herausforderung für die Kommunen. Denn sie müssen gleichzeitig Energieeinsparung und -effizienz, Potenziale der erneuerbaren Energien, Klimaschutz sowie ökonomische Aspekte berücksichtigen. Bei der Entwick-

lung und Umsetzung solcher Konzepte kann das kommunale Energiemanagement wichtige Beiträge leisten.

Darüber hinaus wird mit ihrer Aufstellung zunehmend die Chance genutzt, einen sehr heterogenen Akteurskreis zu involvieren: Neben den Bürgern sind dies vor allem die Energieversorger, die Verwaltung und die Politik. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die frühzeitige Beteiligung verschiedener Akteure bereits in der Konzeptphase die spätere Umsetzung von Maßnahmen maßgeblich vereinfachen und beschleunigen und zudem die Akzeptanz erhöhen kann.

Neben „zukunftsfähigen Energiekonzepten“ wurden auf dem Kongress in 19 unterschiedlichen Workshops auch zahlreiche kommunale Beispiele zu „Energieeffizienz“, „Energie im Gebäudemanagement“ und „Kooperation, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit“ präsentiert und diskutiert.

Die Beiträge der Referenten sowohl bei den Veranstaltungen im Plenum als auch in den Workshops sind in der Reihe „Difu-Impulse“ ausführlich dokumentiert. Hier können die Teilnehmenden und auch diejenigen Interessenten, die nicht an dem Kongress teilnehmen konnten, die wertvollen Informationen, Erfahrungen, Erkenntnisse und Ergebnisse in aufbereiteter Form nachlesen.



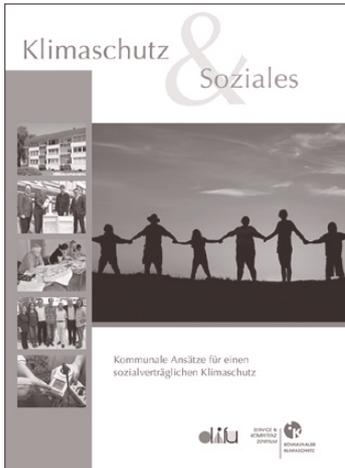
Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Foto: Wolf-Christian Strauss

Klimaschutz in Kommunen sozialverträglich gestalten

Neues Themenheft des SK:KK erschienen



Veröffentlichung online:

<http://kommunen.klimaschutz.de/infothek/publikationen/themenhefte.html>

Wenn Kommunen den Herausforderungen der Energiewende auf lokaler Ebene erfolgreich und vor allem auch sozialverträglich begegnen wollen, spielt die Einbindung von Bürgern eine bedeutende Rolle. Der tägliche Energieverbrauch privater Haushalte trägt erheblich zur CO₂-Bilanz einer Kommune bei. Die Sensibilisierung der Bevölkerung für einen effizienten Umgang mit Energie kann daher einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mit Blick auf die finanzielle und soziale Situation privater Haushalte gilt es, geeignete Materialien und Angebote zu entwickeln und an die Bürger zu kommunizieren. Individuelle und zielorientierte Inhalte erhöhen dabei die Wahrscheinlichkeit, die Adressaten wirkungsvoll zu erreichen. Das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten weckt die Bereitschaft des Einzelnen und fördert damit auch die Motivation, selbst einen Beitrag zur Umsetzung der Klimaschutzziele zu leisten.

Ein Thema, das in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung gewonnen hat und vielfach zu einer Verknüpfung von Klimaschutz- und sozialpolitischen Handlungszielen führt, ist die Förderung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten. Hieraus ergeben sich auf kommunaler Ebene ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen, die es gemeinsam mit verschiedenen Akteuren zu meistern gilt. So kann neben Kooperationen mit Energieversorgern in Form von Energieberatungen beispielsweise auch die Zusammenarbeit mit Woh-

nungsbaugesellschaften ein wichtiger Erfolgsfaktor sein. Sozial ausgerichtete Energiesparprogramme und die energieeffiziente Sanierung von Sozialwohnungen, gekoppelt mit der Sensibilisierung und Motivation unterschiedlicher Zielgruppen für einen effizienten Umgang mit Energie, stellen für einen sozialverträglichen Klimaschutz auf kommunaler Ebene wichtige Maßnahmen dar.

Die aktuelle Veröffentlichung des am Difu ansässigen Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) in der Reihe „Themenhefte“ widmet sich dem Thema „Klimaschutz & Soziales“. Mit Blick auf einen sozialverträglichen Klimaschutz werden Ansätze, Erkenntnisse und Erfahrungen aus der kommunalen Praxis vorgestellt. Die sechs Beiträge aus den Städten Nürnberg, Wuppertal, Bielefeld, dem Bezirk Hamburg-Altona, dem Rhein-Lahn-Kreis und der Landeshauptstadt Erfurt zeigen, wie verschiedene Zielgruppen angesprochen und unterschiedliche Akteure im Sinne eines sozialverträglichen Klimaschutzes eingebunden werden können.

In der Reihe „Klimaschutz & ...“ sind bereits Themenhefte zu folgenden Handlungsfeldern erschienen: Denkmalschutz, Abwasserbehandlung, Abfallwirtschaft, Unternehmen, Biodiversität und Mobilität. Mit den Publikationen werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen dargestellt.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.
Franziska Wittkötter
Telefon: 0221/340308-23
E-Mail: wittkoetter@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Digitalpress © Fotolia.com

Wettbewerbsdokumentation „Kommunaler Klimaschutz 2013“

Neun kommunale Klimaschutzprojekte setzten sich im Jahr 2013 beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ durch und wurden mit insgesamt 240.000 Euro Preisgeld belohnt. Zum fünften Mal riefen das Bundesumweltministerium und das beim Difu ansässige Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz Kommunen und Regionen dazu auf, sich mit vorbildlichen Klimaschutzprojekten zu beteiligen. Als Kooperationspartner mit im Boot: Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund. Erstmals erfolgte eine Auszeichnung in der Kategorie „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement“.

Nun stellt eine Buchdokumentation die erfolgreichen Gewinnerprojekte ausführlich vor. Andere Kommunen können sich so von den vielfältigen Ideen und Erfahrungen inspirieren lassen. Neben einem ausführlichen Porträt wird jeweils ein Ansprechpartner genannt, so dass interessierte Kommunen Kontakt aufnehmen können. Präsentiert werden folgende Projekte:

Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften

Stadt Schleiz, Thüringen: Energetische Sanierung und Umbau eines Baudenkmals zur Stadtbibliothek, Stadt Hüfingen, Baden-Württemberg: Neubau des Passivhaus-Kindergartens St. Silvester, Stadt Hohen Neuendorf, Brandenburg: Passivhaus-Grundschule mit Plusenergieoption.

Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement

Hansestadt Lübeck, Schleswig-Holstein: Optimierung der Heizanlagen durch gering investive Maßnahmen, Stadt Nürnberg, Bayern: Innendämmung denkmalgeschützter Gebäude, Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt: Zehn Jahre kommunales Energiemanagement.

Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen

Stadt Dortmund, Nordrhein-Westfalen: „Dachmarke Klima ist heimspiel“, Stadt Freiburg, Baden-Württemberg: Mitmachaktion „200 Familien aktiv fürs Klima“, Inselgemeinde Juist, Niedersachsen: „KlimaInsel – nachhaltiger Tourismus und CO₂-Reduktion“.

Kompakt und handlich – das Infopakete zur Kommunalrichtlinie

Infoblätter und Sammelmappe des SK:KK kostenlos bestellen

Die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“ – kurz: Kommunalrichtlinie – des Bundesumweltministeriums (BMUB) bietet umfangreiche Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz. Die diesjährige Antragsphase dauert vom 1. Januar bis zum 30. April. Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu unterstützt die Kommunen beim Antragstellen und Umsetzen. Neu im Angebot des SK:KK: Ein Infopakete mit Tipps und Hinweisen zu den verschiedenen Förderschwerpunkten – kompakt in einer handlichen Sammelmappe.

Den Überblick behalten

Das Förderangebot der Kommunalrichtlinie ist umfangreich und vielseitig, genauso wie

die dazugehörigen detaillierten Merkblätter mit Hinweisen zur Antragstellung. Damit Sie trotzdem alle wichtigen Infos zur Hand haben, wenn Sie sie brauchen – ob bei der Ratssitzung oder in Arbeitsgruppen –, bietet das SK:KK jetzt auch entsprechende „Infoblätter“ an: Sie fassen auf zwei bis vier DIN A4-Seiten die Eckdaten der Förderung sowie weiterführende Hinweise zusammen. Die Themenpalette der derzeit acht Infoblätter reicht von Mobilität über Klimaschutzkonzepte bis hin zu Energiesparmodellen für Schulen und Kitas. Auf dem Internetportal des SK:KK können Klimaschutzinteressierte diese neuen Kurzinfor herunterladen oder kostenfrei bestellen. Zum Einlegen, Mitnehmen und Weitergeben der Infoblätter bietet das SK:KK eine Sammelmappe an, die sich auch für Visitenkarten, Flyer und Broschüren gut eignet. Für 2014 sind weitere Infoblätter geplant – komprimiertes Wissen, auf einen Blick und direkt zur Hand.

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



KOMMUNALER
KLIMASCHUTZ



Publikation (kostenfrei):

<http://kommunen.klimaschutz.de/infoteh/publikationen/dokumentationen-zum-wettbewerb.html>

Terminhinweis:

7. Kommunalkonferenz
25./26.9.2014, Berlin
Die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2014“ werden am 25.9. bekannt gegeben.

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs, M.A.
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de



Weitere Informationen:

Eva Kärcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de
www.klimaschutz.de/kommunen

Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen

Der Begriff „Großwohnsiedlung“ führt bei vielen Menschen zu ähnlichen Bildern: Vor dem inneren Auge tauchen architektonische „Großplastiken“ auf, die Silhouetten von bundesweit bekannten Siedlungen bilden, Beispiele sind Marzahn sowie das Märkische Viertel in Berlin, Chorweiler in Köln, Grünau in Leipzig. Diverse Beinamen – ob nun Schlafstadt, Ghetto, Betonburg oder Wohnsilo –, die plakativ auf Defizite der Siedlungen hinweisen, haben meist mit der Lebensrealität der Bewohner nicht viel zu tun.

Die letzte umfassende empirische Studie zu Großsiedlungen in Deutschland wurde 1994 vom Deutschen Bundestag veröffentlicht. Die bis heute zitierten Ergebnisse besagten, dass zwischen 1960 und 1990 240 Großsiedlungen mit 2.500 und mehr Wohnungen in den alten und neuen Ländern errichtet wurden. Großsiedlungen sind aber keine genuine Erfindung der 1960- oder 70er-Jahre, denn einen Bruch zu der Stadt der Gründerzeit stellten bereits die Reformsiedlungen der 1920er-Jahre sowie die Siedlungen der

Nachkriegszeit dar. Bisher werden diese Siedlungen aber kaum im Zusammenhang betrachtet, was den Blick auf deren Alltäglichkeit in den Städten verstellt.

Die großen Siedlungen sind aber – ebenso wie andere bauliche Formationen – ein gewachsener Teil der Stadt. In ihnen befindet sich zudem die Mehrzahl der von der organisierten Wohnungswirtschaft bewirtschafteten Wohnungen. Die Erneuerung und Weiterentwicklung dieses Wohnungsbestands ist eine Aufgabe von immensem Investitionsbedarf. Im Rahmen einer vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., HDB Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., BBS Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. und Kompetenzzentrum Großsiedlungen beauftragten Studie wird das Difu auf einer breiten empirischen Basis untersuchen, wie die Lage der großen Wohnsiedlungen ist, welche Rolle sie am Wohnungsmarkt spielen und welche Zukunftsperspektiven von Eigentümern und Kommunen gesehen werden.

Bewertung von kommunalen Maßnahmen zur Lärminderung

Der Lärm, der von Straßen, Schienenwegen, Flughäfen, Industrie- und Gewerbeanlagen sowie sozialen Aktivitäten ausgeht, stellt eines der Hauptprobleme für die Lebensqualität in Kommunen dar. Die Vermeidung und Verminderung von Umgebungslärm ist daher von erheblicher Bedeutung für den Erhalt der Attraktivität von Städten und Gemeinden als Wohn- und Aufenthaltsort. Gesetzliche Basis bildet dabei vor allem die 2002 verabschiedete EU-Umgebungslärmrichtlinie.

Die Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht ist aus Sicht vieler deutscher Kommunen nicht befriedigend gelöst worden. Insbesondere die derzeit laufende Umsetzung der Lärmaktionsplanung stellt die Städte und Gemeinden teilweise vor erhebliche Schwierigkeiten. Zu nennen ist hier unter anderem die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen. Während es sowohl für Bundesfernstraßen als auch für Schienenwege des Bundes festgelegte Budgets für eine

Lärmsanierung gibt, sind die Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen im kommunalen Straßennetz weitgehend auf sich gestellt. Auch das Fehlen von Schwellenwerten und verbindlichen Grenzwerten ist kritisch zu betrachten.

Ziel des neuen Difu-Projekts „Evaluierung und Bewertung von kommunalen Maßnahmen zur Lärminderung“ ist unter anderem eine Einschätzung des aktuellen Umsetzungsstands der Umgebungslärmrichtlinie mittels einer schriftlichen Befragung ausgewählter Kommunen. Im Fokus steht dabei der Gewinn von Informationen zu erfolgreich umgesetzten Maßnahmen und ihren Wirkungen sowie zu Hemmnissen bei der Realisierung. In einem zweiten Schritt werden die gewonnenen Erkenntnisse durch Experteninterviews mit Vertretern einiger Modellkommunen vertieft und als Information und Hilfestellung für andere Städte und Gemeinden veröffentlicht.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de



Foto: Ricarda Pätzold

Heilmann-Ring,
Berlin-Charlottenburg

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Nicole Langel
Telefon: 0221/340308-10
E-Mail: langel@difu.de

Dipl.-Geogr.
Kathrin Schormüller
Telefon: 0221/340308-11
E-Mail: schormueller@difu.de



Foto: Maic Verbücheln

Kleine und mittlere Unternehmen im Fokus räumlich orientierter Politik

Modellvorhaben der Raumordnung: Thematische Auswertung der transnationalen Zusammenarbeit

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern bzw. einem Jahresumsatz bis 50 Mio. Euro, bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft: Über 98 Prozent aller Unternehmen gehören dieser Kategorie an. Auf sie entfallen zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. KMU stehen dementsprechend im Mittelpunkt verschiedener europäischer Maßnahmen und Programme wie der Mainstreamprogramme des Strukturfonds, der Rahmenprogramme für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation oder des Forschungsrahmenprogramms. Die transnationalen Interreg-Programme zielen im Kern auf die integrierte räumliche Entwicklung und die territoriale Kohäsion und damit auch auf eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, an der KMU einen wichtigen Anteil haben. Allerdings standen KMU in den ersten Förderperioden nicht im Mittelpunkt der Interreg-Programme – weder als Zielgruppe

noch als potenzielle Projektakteure. In dem Projekt für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) stehen nun KMU im Vordergrund. Es werden ausgewählte Projekte der jetzt abgeschlossenen Förderperiode von INTERREG IVB untersucht, in denen KMU entweder als Projektpartner mitgewirkt haben oder in denen versucht wurde, Rahmenbedingungen von KMU zu verbessern und Angebote für diese spezifische Zielgruppe zu entwickeln. Ziel ist es, die bisherigen Ergebnisse transnationaler Kooperationsprojekte für die Bundesraumordnung sowie für Akteure der Raumentwicklung in den Ländern und auf regionaler und kommunaler Ebene besser nutzbar zu machen. Im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs zwischen transnationalen Interreg-Projekten im Themenfeld „KMU als Adressaten räumlich orientierter Politik“ sollen im kooperationsraumübergreifenden Dialog Synergieeffekte zwischen den Projekten erschlossen und vor allem Hinweise für die jetzt beginnende Förderperiode erarbeitet werden.

Weitere Informationen:
Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de



Foto: Daniel Zwicker-Schwarm

Praxishandbuch Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement

Die Stadt Karlsruhe beauftragte das Difu, ein „Praxishandbuch für Unternehmen“ zum nachhaltigen und ressourcenoptimierten Gewerbeflächenmanagement zu erarbeiten. Für eine nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung bieten sich verschiedene raumbezogene Maßnahmen an:

- Aktivierung von Flächenpotenzialen im Bestand (Innenentwicklungspotenziale)
- Qualifizierung bestehender Gewerbegebiete;
- Planung und Erschließung neuer Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“.

In Karlsruhe sind aufgrund der siedlungsstrukturellen Begrenzungen vor allem die ersten beiden Aspekte von Bedeutung. Im Karlsruher Stadtgebiet bestehen noch vielfältige Möglichkeiten, ungenutzte oder untergenutzte Gewerbegrundstücke und -gebäude für eine Nachnutzung zu aktivieren. Gleichzeitig wurde für einige Gewerbegebiete

die Notwendigkeit der weiteren Qualifizierung – z.B. durch eine Verbesserung der Infrastruktur oder durch städtebauliche Gestaltung – festgestellt, um unternehmerische Standortbedarfe zu erfüllen, die Vermarktungschancen von dort befindlichen Flächenpotenzialen zu verbessern bzw. Abwertungs- und Abwanderungstendenzen zu verhindern.

Das Praxishandbuch soll Eigentümern und Unternehmern innovative Ideen vermitteln, wie Gewerbeflächen und/oder -immobilien nachhaltig(er) gestaltet werden können, welche technischen Möglichkeiten sich für Ressourceneffizienz bieten oder wo mögliche Potenziale für zwischenbetriebliche Kooperationen liegen können. Neben dem Handbuch wird ein qualifiziertes Beratungsangebot von Kommune und Kooperationspartnern (z.B. Kammern, Energieversorgern etc.) zu planerischen, technischen und finanziellen/fördermittelbezogenen Aspekten vorgehalten.

Weitere Informationen:
Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de



Foto: Daniel Zwicker-Schwarm

Veranstaltungsvorschau

Weitere Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

AG Fachtagungen Jugendhilfe

Ivonne Jäkel (J)
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: jaekel@difu.de

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat (S)
Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreffen

Cornelia Schmidt (P)
Telefon: 030/39001-208
E-Mail: schmidt@difu.de

Fahrradakademie

Simone Harms (F)
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz

Stefanie Menzel (K)
Telefon: 030/39001-219
E-Mail: menzel@difu.de

Luise Wildermuth (K)
Telefon: 0221/340308-306
E-Mail: wildermuth@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung.

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

<http://www.difu.de/veranstaltungen/aktuell>

(Sozial-)Raumorientierung der Kommunalverwaltung zwischen Jugendhilfe und integrierter Stadt(teil)entwicklung: Modetrend oder Handlungserfordernis?

5.–6.5., Berlin, (S)

Interkommunale Kooperationen im Klimaschutz

12.5., Lüneburg (K)

Klimaschutz und interkommunale Kooperation – gemeinsam statt einsam

13.5., Lüneburg (K)

Fahrradparken – Konzepte und Umsetzung/Fahrrad und ÖPNV – Synergien nutzen

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie
7./8.5., Nürnberg; 13./14.5., Frankfurt/Main;
15./16.5., Berlin, (F)

Brennpunktseminar: Barrierefreier ÖPNV bis 2022

14.5., Berlin, (S)

Oberflächennahe Geothermie

14.5., Düsseldorf, (K)

44. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

14.–16.5., Bremerhaven, (S)

Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Organisations- und Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe in der Kinder- und Jugendhilfe

15.–16.5., Berlin, (J)

Difu-Seminar Meine Stadt – meine Verwaltung?

Kooperationskultur in und mit der Verwaltung – Erfahrungsaustausch zum Miteinander von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft
5.–7.6., Berlin

Das Seminar richtet sich sowohl an Mitarbeiter der Verwaltung, als auch an Vertreter der Fraktionen in den Rathäusern und hat das Ziel, die Grundlagen für eine bessere Zusammenarbeit zu schaffen. Da Inhalte und Zielgruppen unterschiedlich gewichtet sind, können auch nur die einzelnen Tage der Veranstaltung gebucht werden. Während am ersten Tag Strukturen und Kooperationskulturen innerhalb der Verwaltung im Vordergrund

Kommunen zwischen Energiemarkt-design und Klimaschutzgesetzgebung

15.5., Düsseldorf, (K)

Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie
20.5., Heidelberg; 25.6., Braunschweig;
26.6., Cottbus, (F)

Wo spielt die Musik? Wie viel Kultur kann sich Stadt noch leisten – wie viel muss sie sich leisten?

26.–27.5., Berlin, (S)

Kommunale Strategien der Wohnraumversorgung

2.–3.6., Berlin, (S)

Meine Stadt – meine Verwaltung

5.–7.6., Berlin, (S)

Städtebaurecht aktuell: Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes im Städtebau

16.–17.6., Berlin, (S)

Difu-Ansprechpartnertreffen

23.–24.6., Berlin, (P)

Fahrradakademie: Exkursion für Führungskräfte: Antwerpen – Gent – Breda

25.–27.6., Antwerpen, (F)

SK:KK-Fachseminar: Klimaschutz durch Solarwärme

27.6., Crailsheim, (K)

stehen (und damit die Verwaltungsmitarbeiter), geht es am zweiten Tag um ein konstruktives Miteinander zwischen Politik und Verwaltung. In einem geschützten Raum können sich die Teilnehmer über gute und schlechte Erfahrungen austauschen und Ansätze zu Kooperationsformaten jenseits von Ratsitzungen entwickeln, die die jeweils unterschiedlichen Handlungslogiken berücksichtigen. Der dritte Tag richtet sich primär an Politiker und greift die Kooperation mit der Bürgerschaft auf. Im Fokus steht der Austausch zu den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Beteiligungsansätze, auch vor dem Hintergrund der Repräsentativität der Bürgerschaft und der demokratisch legitimierten Politik.

Haushaltskonsolidierung unter neuen Vorzeichen

2012 war seit 2008 das erste Jahr, in dem die Kommunen im Saldo – konjunkturbedingt – wieder einen leichten Haushaltsüberschuss von 1,8 Mrd. Euro erzielen konnten. Ungeachtet dessen öffnet sich die Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen weiter. Die Kassenkredite steigen ungebremst und erreichen jährlich Rekordstände. Gleichzeitig mit dem Steuerplus 2012 wachsen die Ausgaben kontinuierlich an.

Für viele Kommunen ist Haushaltskonsolidierung Herausforderung und Belastung zugleich. Einige Entwicklungen eröffnen jedoch neue Perspektiven: In etlichen Kommunen trägt die eingeführte Doppik dazu bei, dass die eigene Vermögenslage besser beurteilt werden kann. Die Entschuldungsprogramme der Länder unterstützen die Kommunen in ihren Anstrengungen und setzen gleichzeitig engere Leitplanken für die künftige Haushaltspolitik. Der Bund hat sich bereit erklärt, die Ausgaben für bestimmte Soziallasten zu übernehmen. Zunehmend werden die Länder in Gerichtsurteilen dazu verpflichtet, die Konnexitätsregeln zugunsten der Kommunen umzusetzen. Schließlich ist erkennbar, dass viele Kommunen ihre eigenen Einnahmequellen verantwortlicher ausschöpfen und gleichzeitig weitere Einsparpotenziale bei der Aufgabenwahrnehmung verwirklichen.

Um diese Thematik zu diskutieren, trafen sich bei einem Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag am 27./28. August 2013 rund 40 Haushaltsexperten aus Städten, Gemeinden und öffentlichen Institutionen sowie der Wissenschaft.

Ausgehend von einem Rückblick und einer Darstellung der aktuellen Finanzlage der Kommunen wurde beispielsweise über aktuelle Haushaltskonsolidierungskonzepte diskutiert. Anhand empirischer Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass für eine erfolgreiche, langfristige Haushaltskonsolidierung insbesondere Ausgabenenkungen entscheidend sind und weniger Einnahmesteigerungen, dass starke Finanzverantwortliche wichtig sind, die Einführung von Doppel- bzw. Mehrjahreshaushalten und eine stärker verbindliche mittelfristige Finanzplanung empfehlenswert ist und dass politischen Ausgabenwünschen nur bei realisierbaren Gegenfinanzierungsvorschlägen entsprochen werden sollte.

Wie eine konsequente Ausgabensteuerung neue Perspektiven für die Konsolidierung aus eigener Kraft hervorbringen kann, wurde anhand verschiedener kommunaler Leistungsbereiche betrachtet. Dabei wurde deutlich, dass jeweils sehr spezifische Aspekte zu berücksichtigen sind. Während der Haushaltskonsolidierungseffekt beim Bauinvestitionscontrolling sowie beim Liquiditätsmanagement eher eine Frage der konsequenten und gut geplanten Umsetzung ist, zeigt sich insbesondere bei der Steuerung von Sozialleistungen, dass auch unerwartete Nebeneffekte möglich sind, die den Einspareffekt relativieren oder sogar überkompensieren können. Hinzu kommt, dass die Auseinandersetzung mit den finanziellen Auswirkungen sozialer Leistungen oft als Tabuthema betrachtet wird.

Daher spielen die Einnahmen-Erhöhung sowie die Frage der Steuerung des Ressourceneinsatzes im Rahmen der Haushaltskonsolidierung weiter eine wichtige Rolle. Ein Baustein ist dabei die gezielte und konsequente Ausschöpfung von Gebührenpotenzialen und die Erhebung von Leistungsentgelten, die jedoch nicht selten mit Konflikten und Diskussionen verbunden ist. Auch die Erhöhung von Steuern und Abgaben ist in der Regel unpopulär und einzelne Maßnahmen, z.B. Hebesatzerhöhungen können sich unter Umständen sogar negativ auswirken.

Auch kommunale Entschuldungsprogramme der Länder können wichtige Impulse liefern. Sie helfen kurzfristig unmittelbar und ver helfen Kommunen auch auf einen mittel- bis langfristigen Konsolidierungspfad. Unterstützend wirken – neben der vermögensorientierten Betrachtung der Doppik – auch längere Planungszeiträume und eine wirkungsorientierte an kommunalen Zielen ausgerichtete Steuerung. Diese neue Perspektive ist Voraussetzung für eine nachhaltige Sanierung kommunaler Finanzen und rückt Aktivitäten kommunaler Unternehmen stärker in den Fokus. Information und Transparenz sind wesentliche Grundlagen, um die Akteure in Rat, Verwaltung, Zivilgesellschaft und kommunalen Unternehmen in die Lage zu versetzen, den richtigen Kurs abzustecken. Konsistentes, strategisches, integriertes Handeln und Entscheiden, Mut und das Ergreifen der durch Entschuldungsprogramme der Länder gebotenen Chancen stellen wichtige Erfolgsfaktoren einer Haushaltskonsolidierung dar.



Das Difu ist Partner im internationalen Forschungsvorhaben „Spatial Planning and Energy for Communities in All Landscapes (SPECIAL)“, bei dem es darum geht, erneuerbare Energien und Energieeffizienz besser in kommunale und stadregionale Planungsprozesse zu integrieren. Gemeinsam mit folgenden Multiplikatoren werden „pilothaft“ Trainingskurse erarbeitet: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), Regionalverband Ruhr (RVR), Verband Region Stuttgart (VRS), Regionalverband FrankfurtRheinMain, Verband Region Rhein-Neckar (VRRN).

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
Telefon: 030/39001-263
E-Mail: verbuecheln@difu.de
<http://www.special-eu.org/>

Foto: commons.wikimedia.org/
author: Friedrich.Kromberg;
Potograpo: W.J.Pilsak

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Kommunale Beteiligungskultur: Mehr als eine gute Idee?

Wissenschaft und Praxis im Dialog



Monika Kunz, Leitende
Baudirektorin, Saarbrücken
Foto: privat



Dr. rer. pol. Stephanie Bock, Difu
Foto: David Ausserhofer



Dr. rer. soc. Bettina Reimann, Difu
Foto: David Ausserhofer

Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung ist in den Städten und Gemeinden vielfach erprobt und kommt vielerorts zum Einsatz, sowohl im Rahmen formeller Planungsverfahren als auch bei informellen Prozessen. Die Verwaltung handelt dabei routiniert, die politische Spitze stützt diese beteiligungsorientierte Praxis und es werden erfahrene Moderationsprofis einbezogen. Die auf dieser Grundlage in zahlreichen Kommunen erfolgreich durchgeführten Beteiligungsprojekte sind jedoch häufig Einzelprojekte, die entweder von besonderer kommunaler Bedeutung oder Modellvorhaben zur Zielgruppenansprache sind. In den allermeisten Fällen bleiben sie Inseln guter Praxis, d.h. Einzelbeispiele guter Beteiligung. Nicht nur die Ergebnisse eines Difu-Forschungsprojekts (siehe Tipps zum Weiterlesen auf Seite 19) zeigen, dass die bisherige Praxis der „Beteiligungsinseln“ als Reaktion auf die in den letzten Jahren verstärkt vorgebrachte Kritik und die Forderungen von engagierten Bürgern zu wenig ist. Diskutiert wird die Einführung einer „kommunalen Beteiligungskultur“, die grundsätzliche Spielregeln für den gesamten Rahmen definiert, in dem Bürgerbeteiligung stattfindet und verbindliche Vorgaben für die Durchführung von Beteiligungsverfahren festlegt.

Im Nachgang zum „Difu-Dialog zur Zukunft der Städte“ zum Thema Kommunale Beteiligungskultur vom 13.11.2013 interviewten die Difu-Wissenschaftlerinnen Dr. Stephanie Bock und Dr. Bettina Reimann die leitende Baudirektorin Monika Kunz von der Landeshauptstadt Saarbrücken über Chancen und Grenzen einer solchen Beteiligungskultur:

Difu:

Eine kommunale Beteiligungskultur setzt voraus, dass es in der Kommune ein übergreifendes Verständnis von Beteiligung gibt und Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und Vorhabenträger ihre jeweiligen Rollen daraufhin reflektieren und ihr Zusammenspiel neu ausrichten. Ist dies für Sie der richtige Ansatz? Wohin muss die Reise gehen, um von „Inseln guter Praxis“ zu einer kommunalen Beteiligungskultur zu gelangen?

Monika Kunz:

Die wachsende Bedeutung von Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen ist unbestritten. Die gestiegenen Ansprüche aus der Bürgerschaft vor allem nach Transparenz, frühzeitigen Informationen, umfassenden Mitsprachemöglichkeiten und zügiger Umsetzung lassen Verwaltungen an ihre Grenzen stoßen. Nicht nur vorhandene Ressourcen und Kompetenzen sind ein Engpass, sondern die demokratischen und rechtlichen Spielregeln des Verwaltungshandelns setzen Rahmen: Die Verwaltung erhält ihre Aufträge von den gewählten Gremien, diese haben das Recht der Erstinformation und sie sind letztendlich die Entscheidungsgremien, auch Datenschutz ist zu berücksichtigen. Theoretische Wünsche nach einer veränderten Kultur und deren praktische Umsetzung sind somit zweierlei. Eine kritische Anmerkung sei schließlich zum Begriff der „Kultur“ erlaubt. Beteiligungskultur, Baukultur, Planungskultur stehen ganz allgemein für integrierte und umfassende Prozesse. Sie garantieren keine Entscheidung im Konsens und keine Konfliktbeilegung – und schon gar nicht eine umfassende Akzeptanz des Ergebnisses. Sie bieten aber hoffentlich Angebote der Mitwirkung und Diskussion für alle Interessierten und führen zu abgewogenen Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls. Hier wünschte ich mir mehr Klarheit und weniger Pathos.

Difu:

In den Kommunen werden zur verwaltungsinternen Organisation von Bürgerbeteiligung unterschiedliche Wege eingeschlagen. In einigen Städten werden eigene Stabsstellen für Bürgerbeteiligung eingerichtet, andernorts ist die Bürgerbeteiligung in den Fachämtern bzw. an einer zentralen Stelle im Bau- bzw. Planungsdezernat angesiedelt. Wenngleich es unseres Erachtens nicht den einen richtigen Weg gibt: Welche Argumente würden Sie stark machen, wenn es um die verwaltungsinterne Verankerung von Bürgerbeteiligung geht?

Monika Kunz:

Den einen richtigen Weg gibt es nicht und dennoch würde ich mit Blick auf meine Erfahrungen in Saarbrücken dafür plädieren, in den Planungsämtern Mitarbeiter zu Betei-

ligungsprofis zu qualifizieren. Sie können, und das erscheint mir wichtig, die konkreten Projekte bearbeiten und die Ergebnisse einbinden. Eine verwaltungsweite Stabsstelle vergrößert möglicherweise die Abstimmungsprozesse, auch besteht die Gefahr, dass bei einer Zentralisierung Wissen und Kompetenz verloren gehen. Was uns Planenden oft fehlt, ist organisatorische und logistische Unterstützung. Externe, neutrale Moderation und Verfahrensdurchführung sind Erfolgsbausteine in Beteiligungsprozessen, die nicht unterschätzt werden sollten.

Difu:

Gegenwärtig werden in einigen Städten und Gemeinden neue Formen der Einbindung von Stadt- und Gemeinderäten in Beteiligungsprozesse erprobt. Politik soll nicht länger im „Beiboot“ der Beteiligungsprozesse sitzen, sondern frühzeitig und intensiv eingebunden werden. Sehen Sie hierin eine Chance, Kommunalpolitik zur Übernahme von mehr Verantwortung zu bewegen und dem Misstrauen der engagierten Bürgerschaft entgegenzuwirken?

Monika Kunz:

Hier sprechen Sie einen wichtigen Punkt an. Oft ist die Rolle der Gremienvertreter in Beteiligungsprozessen unklar. Meist werden sie am Ende eines Beteiligungsprozesses mit dessen Ergebnissen konfrontiert und sollen „irgendwie“ entscheiden. Legitimierte Politik und beteiligte Bürgerschaft scheinen nichts miteinander tun zu haben. Beteiligungskultur bedeutet mit Blick auf die Kommunalpolitik die Bereitschaft, die eigene Position deutlich zu machen und die Notwendigkeit, Entscheidungen – auch gegen die Empfehlungen aus Beteiligungsverfahren – zu begründen. Zu Beginn eines Prozesses von den Gremien definierte Rahmenbedingungen und Spielregeln sorgen für Klarheit über Inhalte und Entscheidungsspielräume im Verfahren, sie können im Einzelfall auch zur Delegation von „Entscheidungen“ führen.

Difu:

Bürgerbeteiligung konfrontiert uns mit bislang ungelösten Widersprüchen. Zum einen herrscht in vielen Städten und Gemeinden der Anspruch an eine Repräsentativität der Beteiligten vor. Gleichzeitig orientierten sich viele Beteiligungsverfahren und auch die Erwartungen an die Teilnehmenden an dialog- und durchsetzungsstarken Personen. Die ohnehin bestehende soziale Selektivität von Bürgerbeteiligungsprozessen wird hierdurch verstärkt. Haben Sie Ratschläge für andere Kommunen, wie mit dem Dilemma umzugehen ist? Welche Erfahrungen haben Sie in Saarbrücken gemacht?

Monika Kunz:

Auch in Saarbrücken zeigt sich, dass es nur selten gelingt, alle Bevölkerungsgruppen für Beteiligungsprozesse zu interessieren. Es kommen oft die gleichen bekannten Gesichter. Wichtig ist, sich darüber im Klaren zu sein, dass jedes Beteiligungsverfahren, also jede Methode und jede Ansprache, bestimmte Zielgruppen bevorzugt. Aber dabei sind wir nicht stehen geblieben. Statt alle Gruppen in einem Veranstaltungsformat erreichen zu wollen, sollten unterschiedliche Angebote formuliert werden. Anschließend müssen die Ergebnisse dieser Veranstaltungen zu einem möglichst repräsentativen Ergebnis zusammengeführt werden. Das sich dieses nicht in der gewünschten Breite umsetzen lässt, liegt auf der Hand. Aber es gibt auch pragmatischere Lösungen. Beispielsweise können gezielt Stellvertreter angesprochen werden, die für „ihre Gruppe“ sprechen. Damit wird auch Vertrauen in Beteiligungsprozesse aufgebaut und Menschen werden ermutigt, für ihre Interessen einzustehen.

Difu:

Ganz am Ende sind wir gespannt zu erfahren, wie Ihre Vision für eine Bürgerbeteiligung aussieht. Was wünschen Sie sich?

Monika Kunz:

Ich wünsche mir eine gute „Streitkultur“, das heißt Menschen – unabhängig ob aus Bürgerschaft, Politik oder Verwaltung, die sich zuhören und abweichende Meinungen gelten lassen, die bereit sind, fachliche Stellungnahmen anzuerkennen und begründete Entscheidungen zu akzeptieren. Wichtig erscheint mir, Grenzen von Beteiligung zu sehen und zu akzeptieren.

Tipps zum Weiterlesen:

- Bock, Stephanie; Reimann, Bettina; Beckmann, Klaus J. (2013): Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen. Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik, Berlin.
- Beckmann, Klaus J. (Hrsg.) (2012): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Berlin (Difu-Impulse 3/2012).
- Landua, Detlef, Beckmann, Klaus J., Bock, Stephanie, Reimann, Bettina (2012): Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Difu-Paper.

Terminhinweis:

Das Difu bietet am 8./9. Oktober 2014 in Nürnberg erstmals den „Erfahrungsaustausch Bürgerbeteiligung: Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur“ an. Dieser Erfahrungsaustausch soll – bei Interesse – künftig jährlich in wechselnden Städten stattfinden.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de



Grafik: Elke Postler

Wasserver- und Abwasserentsorgung: intelligent und multifunktionell

Kick-Off-Veranstaltung in Berlin zeigt Zukunftsthemen auf

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-207
E-Mail: nickel@difu.de

Fördermaßnahme:

<http://www.bmbf.nawam-inis.de>

Kick-Off-Veranstaltung:

<http://www.bmbf.nawam-inis.de/termine/infrastruktur-systeme>

Die deutsche Wasserwirtschaft steht für eine qualitativ hochwertige und nahezu flächen-deckende Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Mit ihrer Leistungsstärke hebt sie sich im internationalen Vergleich hervor. Doch ist ihr Rezept auch zukunftsfähig? Steigende Energiepreise, zunehmende Starkregen, eine wachsende Anzahl anthropogener Spurenstoffe im Grundwasser und ein rückläufiger Wasserverbrauch sind nur einige der Trends, die den Wandel und eine Unsicherheit der Rahmenbedingungen aufzeigen. Die Infrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft – kapitalintensiv, netzgebunden und unflexibel – kommen mancherorts an ihre Leistungs- oder Wirtschaftlichkeitsgrenzen. Damit Wasserver- und Abwasserentsorgung auch künftig sicher sind, müssen sie angepasst werden. Hierfür bedarf es neuer und vor allem flexibler Lösungen. Vor diesem Hintergrund fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS) eine Reihe von Forschungsprojekten mit insgesamt rund 30 Millionen Euro. Die Fördermaßnahme ist verankert im Förderschwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement“ (NaWaM), ein wichtiger Bestandteil des BMBF-Rahmenprogramms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ (FONA).

Am 16. und 17. Oktober 2013 fand in Berlin die Kick-off-Veranstaltung zum Projekt INIS statt. Auf Einladung des wissenschaftlichen Koordinierungsvorhabens für Vernetzung und Transfer der Fördermaßnahme INIS (WK INIS) kamen mehr als 150 Forschungs- und Praxispartner aus 13 INIS-Verbundprojekten sowie Vertreter des BMBF und des Projektträgers Jülich erstmals zusammen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen neben der Vorstellung der einzelnen Arbeitsschwerpunkte die Vernetzung der Forschungsverbände und die Identifizierung von projektübergreifenden Fragestellungen, „Querschnittsthemen“, die die Grundlage der Zusammenarbeit in den kommenden drei Jahren bilden sollen.

Zur Begrüßung sprach Regierungsdirektor Dr. Helmut Löwe vom Referat Ressourcen

und Nachhaltigkeit des BMBF über den Entstehungsprozess der Fördermaßnahme INIS und ordnete INIS in die Förderaktivitäten der Bundesregierung ein. Dr. Reinhard Marth vom Projektträger Jülich vertiefte die Ziele und Schwerpunkte von INIS. Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) präsentierte anschließend Ziele und Aufgaben vom WK INIS, dessen vorrangige Arbeitsschwerpunkte in der Stärkung der Zusammenarbeit der Verbundvorhaben sowie im Transfer der Forschungsergebnisse in Forschung und Praxis liegen. Anschließend wurden die innerhalb der Forschungsprojekte herausgearbeiteten Modelle zur Entwicklung neuer Konzepte, Technologien und Managementsysteme im Rahmen von vier thematischen Blöcken vorgestellt: „Integrierte Konzepte für Wasser, Abwasser und Energie“, „Sicherung der Wasserversorgung“, „Innovation in der Stadtentwässerung“ und „Neue Verfahren der Abwasseraufbereitung“.

Am zweiten Tag verständigten sich die Teilnehmer in moderierten Arbeitsgruppen zu acht Querschnittsthemen sowie zu Schwerpunkten und konkreter Zielsetzung der Kooperation. Querschnittsthemen sind zum einen konzeptionelle Themen wie z. B. multikriterielle Bewertungsmethoden oder Szenarienbildung. Zum anderen stehen Fragestellungen mit einer eher technisch-naturwissenschaftlichen Ausrichtung im Fokus, wie Energie- und Ressourceneffizienz oder neuartige Spurenstoffe. Schließlich geht es aber auch um den notwendigen Rahmen für die praktische Umsetzung der innovativen Ansätze, wie z. B. Nutzerakzeptanz, Rechtsrahmen oder Koordination mit der Stadtplanung. Eine wichtige Aufgabe aller Arbeitsgruppen wird es sein, Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Forschungsprojekten zusammenzuführen und zielgerichtet in die Praxis zu überführen. Hierfür wurde beim Kick-off der Grundstein gelegt. Die Veranstaltung wurde vom WK INIS angeboten, das vom Difu, der Forschungsstelle des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) gemeinsam durchgeführt wird. Die ausführliche Dokumentation mit den Vorträgen und Impressionen steht im Internet zur Verfügung.



Foto: Difu

Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint?

Von der kommunalen Gleichstellungspolitik zum Diversity Management

Seit Einführung des Gender Mainstreaming sind zahlreiche Gender-Stabstellen, Genderbeauftragte sowie Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte in den Kommunen für die verwaltungsinterne Umsetzung zuständig, integrieren Gender-Aspekte in Verwaltungsroutinen und entwickeln zukunftsweisende Projekte. Ansatzweise ist es dabei gelungen, Gender Mainstreaming als übergreifende Strategie zur Qualitätssicherung und -verbesserung zu verankern. Welche kommunalen Handlungsfelder einbezogen werden, welche Instrumente des Gender Mainstreaming angewandt und welche differenzierten Zielgruppen angesprochen werden, ist in den Kommunen sehr unterschiedlich.

In den letzten Jahren ist mit Diversity Management, einem in und für Unternehmen entwickelten Ansatz, ein ganzheitliches Konzept für den ressourcenorientierten Umgang mit personeller und kultureller Vielfalt in Organisationen eingeführt worden. Auch wenn dabei nicht in erster Linie die Umsetzung von Gesetzen zur Antidiskriminierung im Vordergrund steht, gibt es in der kommunalen Umsetzung Unsicherheiten zur Abgrenzung bzw. Integration von Gender Mainstreaming.

Hieran knüpfte Anfang Dezember 2013 das gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag durchgeführte Difu-Seminar „Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint?“ an, das auf großes Interesse stieß und ausgebucht war. Nach einer Einführung in Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Gender Mainstreaming (GM) und Managing Diversity (MD) wurden aktuelle kommunale Umsetzungserfahrungen aus den Kommunen vorgestellt. Dabei lag ein Schwerpunkt auf der Diskussion der Erfolge, Schwierigkeiten, Abgrenzungen und Konflikte beider Modelle. In den Diskussionen war vor allem die Frage von Interesse, ob Gender Mainstreaming, Gleichstellungspolitik und Diversity Management sich ergänzende oder konkurrierende Konzepte darstellen.

Durch Vorträge und intensive Diskussionen klärte sich, dass sowohl Gender- als auch Diversity-Konzepte auf eine differenzierte

Wahrnehmung gesellschaftlicher Kategorien setzen und darin übereinstimmen, dass das Geschlecht die Kategorien ethnische Herkunft, Religion/Weltanschauung, Klasse, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung etc. ergänzt. Allerdings werden in Gender-Modellen die Bedeutung von Geschlecht sowie die daran geknüpften Machtverhältnisse besonders hervorgehoben, während Diversity-Modelle versuchen, die positiven Seiten der Differenzen für eine Ressourceneffizienz in den Vordergrund zu stellen. Kontrovers diskutiert wurde vor allem, inwieweit Gender Mainstreaming Diversity beinhaltet und somit die weitreichendere Strategie darstellt. Ob bei der Steuerung nach innen und außen Gender-Aspekte im Einzelfall mit Diversity-Aspekten verknüpft werden oder nicht, ist vor allem von den jeweiligen Rahmenbedingungen in der Kommune abhängig zu machen.

Die Herausforderung liegt darin, die Vernetzung der Frauen-, Gleichstellungs- oder Genderbeauftragten mit anderen Beauftragten zu stärken und gleichzeitig eine passende Handlungsorientierung vor Ort ohne die Konkurrenz von Zielgruppen zu entwickeln.

Bei der Fortsetzung der Seminarreihe in zwei Jahren wird im Fokus stehen, wie durch beide Konzepte Chancengleichheit und -gerechtigkeit erhöht und die Zielgruppe Männer besser erreicht werden können.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
Telefon: 0221/340308-19
E-Mail: willen@difu.de

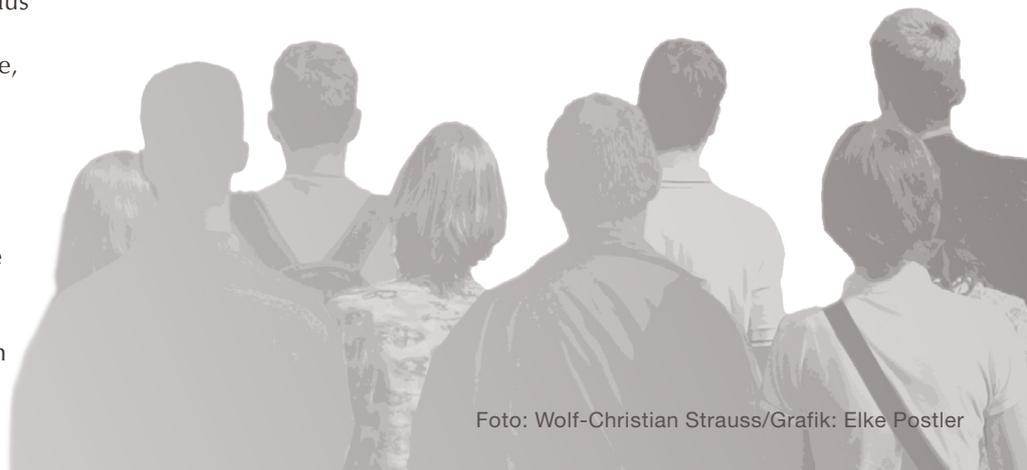


Foto: Wolf-Christian Strauss/Grafik: Elke Postler

Strategien der Stadtentwicklung – Neue Leitbilder und Konzepte

Handelt es sich bei Leitbildern und Konzepten der Stadtentwicklung nicht um ein zyklisches bzw. immer wiederkehrendes Phänomen? Die Frage nach „altem Wein in neuen Schläuchen“ konnte im Verlaufe eines zweitägigen Difu-Seminars relativiert werden. Wiederkehrend sind Phasen, in denen Leitbilder, Masterpläne oder Konzepte bzw. deren Relevanz verstärkt diskutiert werden. Veränderungen gibt es aber in der Maßstäblichkeit, der inhaltlichen Aufstellung und der Rolle unterschiedlicher Akteure bei der Ideenfindung bis hin zur Realisierung. So wurde als Neuerung im Vergleich zu den Modellen der 1990er-Jahre herausgearbeitet, dass Konzepte heute zunehmend nicht nur Ergebnis eines Dialoges sind, sondern ein diskursives Verfahren überhaupt erst ermöglichen. Damit sind sie nicht mehr ausschließlich ein Planwerk. Dabei spiegelt die Entstehung von Leitbildern und Konzepten auch eine gesellschaftliche Komponente wider: Proteste oder Gegenbewegungen führen zum Überdenken von Vorhandenem und damit auch zu neuen Idealen und Modellen.

Gerade in den einführenden Beiträgen wurde die Relevanz von Förderprogrammatiken hervorgehoben, bis hin zu der Frage, ob es eine Diskussion über die Rolle integrierter Handlungskonzepte überhaupt gäbe, wenn diese nicht bei bestimmten Förderprogrammen eingefordert wurden. In einem ersten Erfahrungsaustausch in Kleingruppen spielte die Rolle von Förderprogrammen dagegen eine untergeordnete Rolle. Es zeigte sich, dass unabhängig von Stadtgrößen oft Veränderungen – z.B. personell, finanziell, Gemeindefusion, Überarbeitungsbedarf sektoraler Pläne – den Anstoß gaben, ein integriertes Konzept oder Leitbild zu erarbeiten.

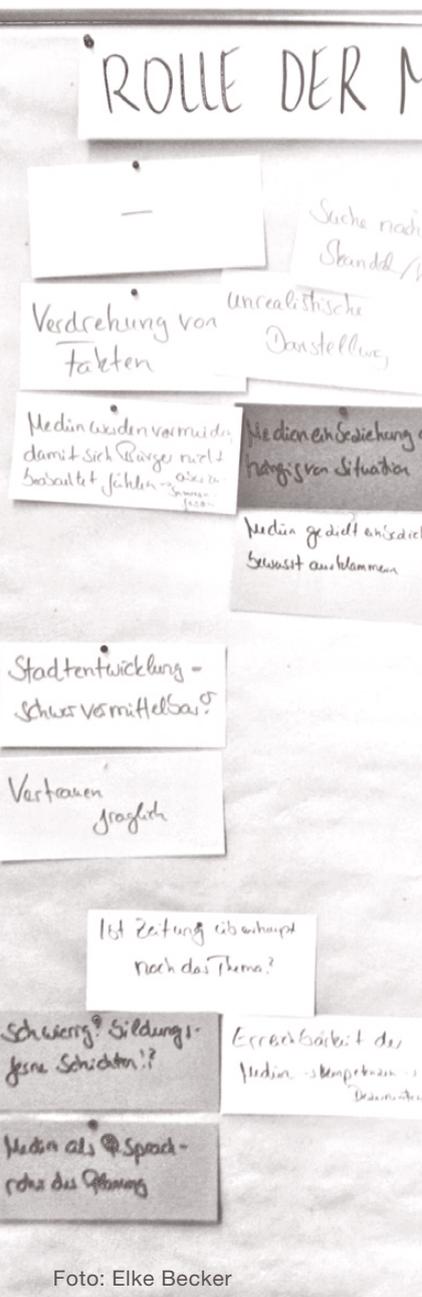
Damit stellt sich die Frage nach den Initiatoren von Leitbild-Prozessen. Hierzu wurden in dem Seminar drei unterschiedliche Modelle vorgestellt und diskutiert. In Duisburg wurde das Projekt „Duisburg 2027“ als politisch gewollter Prozess gestartet. Es wurden zahlreiche Bürgerforen in den Bezirken durchgeführt, unterstützt durch engagierte Institutionen als Multiplikatoren aus den Quartieren. Zusätzlich kamen zielgruppenbezogene Beteiligungsansätze zur Anwendung. Auch die Politik wurde immer wieder einbezogen, um gemeinsam zu einem Grundgerüst an Verbindlichkeit zu gelangen.

Die Schwierigkeiten, zu einer Beschlusslage der Politik zu gelangen, wurde im Verlauf des Seminars mehrfach diskutiert. Vielfach wird die Erfahrung gemacht, dass Beschlüsse für Konzeptionen nur bei einem hohen Grad an Unverbindlichkeit zu erreichen sind. Aus einer Stadt wurde diesbezüglich berichtet, dass Verwaltung und Politik mit einem Ziele- und Maßnahmenkatalog gemeinsam in die Klausur gegangen sind, um zu einer verbindlichen Arbeitsgrundlage zu gelangen.

In einem anderen Beispiel wurde der Anstoß zur Entwicklung von Visionen von einer Privatperson gegeben. Die anfängliche Begleitung durch eine Hochschule mündete 2012 in der Gründung einer GmbH & Co. KG. Diese initiiert beispielsweise Projekte rund um bürgerschaftliches Engagement, zum Leben im Fachwerk oder zur Entwicklung einzelner Quartiere. Nach Aussage des Referenten gibt es natürlich eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, aktuell findet diese aber nicht im Sinne eines integrierten Stadtentwicklungsansatzes statt. Ein weiterer Input nannte die Bürgerschaft als Initiator. Es wurde deutlich, dass die Beteiligten – Politik, Verwaltung und Gesellschaft – eine gemeinsame Verantwortung haben, dabei allerdings unterschiedliche Wege gehen. Alle Inputgeber des Seminars betonten die Anstrengung, aber auch die Notwendigkeit, einer offenen und transparenten Kommunikation mit der Bürgerschaft, aber auch mit der Politik.

Am zweiten Seminartag standen Erfahrungen bei der Umsetzung von Leitbildern oder Masterplänen in München, Ludwigsburg und Köln auf dem Programm. Deutlich wurde bei diesen Beiträgen die Notwendigkeit eines ressortübergreifenden Arbeitens. Dies setzt die personellen Ressourcen und den Willen der Hausspitze voraus. Ebenso wurde hier bestätigt, dass Beteiligung nur durch eine Mischung unterschiedlicher Mitwirkungsmöglichkeiten gelingen kann.

In einem letzten Block konnten die Teilnehmer erneut in Kleingruppen ihre Erfahrungen im Umgang mit der Bürgerschaft, der Wirtschaft, der Politik sowie den Medien austauschen und verschiedene Handlungsansätze diskutieren.



Weitere Informationen:
Dr. Elke Becker
Telefon: 030/39001-149
E-Mail: ebecker@difu.de

Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe

„Wenn ich Ihnen sage, dass nur Sie das können ...“

Am Puls der fachlichen Entwicklung?

Am 28. und 29. November veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin eine Tagung zum Thema Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgangspunkt war die steigende Bedeutung von „Empowerment“ als Handlungskonzept in der sozialen Arbeit und ein neues gesellschaftliches Grundverständnis von aktiver Beteiligung, das viele Lebenslagen Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien umfasst.

Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamts Stuttgart, eröffnete die Veranstaltung und bemerkte gleich zu Beginn, dass „Empowerment“ kein neu entdeckter Stern am fachlichen Firmament sei. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ sei eine zentrale, auch gesetzlich festgelegte Säule Sozialer Arbeit und es gebe viele Praxiserfahrungen und Projekte, von denen einige auf der Tagung vorgestellt würden. Wichtig sei, mit Hilfe unterschiedlicher methodischer Ansätze erlebbar zu machen, welche Lösungskraft in Kindern, Jugendlichen und ihren Familien selbst steckt, damit sie Stück für Stück den Alltag (wieder) in die eigenen Hände nehmen. Kritisch zu hinterfragen sei allerdings auch, ob manche Familien nicht überfordert sind, wenn ihnen in Krisensituationen die Verantwortung für eine Lösung zugemutet wird. Und ob nicht auch die Gefahr besteht, dass Empowerment als Sparprogramm (miss)verstanden wird.

Das Wunder des Nichtwissens

Prof. Dr. Heiko Kleve, Fachhochschule Potsdam, sprach über das „Wunder des Nichtwissens oder das Paradigma der professionellen Lösungsabstinenz“. Die „Wunderfrage“ sei, wie es gelingen kann, Menschen in einen „anderen Zustand“ zu versetzen. Der Ansatz, dass Fachkräfte für andere denken und arbeiten, schwäche Menschen. Bis heute sei es aber oft so, dass Fachkräfte die Familien nach Problemen „abschannen“. Viel wichtiger ist es aber, die Menschen dazu zu bringen, selbst Lösungen zu entwickeln und als Fachkraft „abstinent von Problemlösungen“ zu sein. Ein Schlüssel hierzu sei, nicht selbst Fragen zu stellen, sondern das aktive Zuhören. In der sozialen Arbeit müsse man vom „Brauchen zum Wollen“ kommen und die Kompetenz der Familie anerkennen.

(Methodische) Wundermittel auf diesem Weg seien z.B. der Familienrat, eine stärkere Sozialraumorientierung oder die lösungsorientierte Beratung. Mit der „Wunderfrage“ zu arbeiten, bedeute für die Fachkräfte loslassen von allem, sich öffnen für den Prozess und setze Entschleunigung voraus. Bei allem bleibe der Fakt bestehen, dass Fachkräfte in der sozialen Arbeit mit permanenter Unsicherheit konfrontiert sind, aber der Erfolg in vielen Fällen spreche für sich. Anschließend illustrierten Berichte aus der Praxis, wie Empowerment-Gedanken zu verstehen und in der Arbeit mit Familien umsetzen seien:

„Wie ich zur Überzeugungstäterin wurde“ Sina Adamy, Berlin

„Im Jahr 2009 besuchte ich den ersten Weiterbildungskurs an der Fachhochschule Potsdam. Mit der Ausbildung zur Koordinatorin wurde mir immer mehr bewusst, wie einfach es auch sein kann, sich ‚nicht wissend‘ zu stellen. Ich empfand es immer mehr als Erleichterung meiner Arbeit, mir eben nicht den Kopf über eine Lösung zu zerbrechen, sondern das eher den Familien selbst zu überlassen. Diese sind sehr wohl in der Lage dazu und das sollen sie dann auch tun. Seit dieser Zeit erlebte ich Familien anders als vorher. Ich erlebte sie auf eine private, persönliche Art und Weise anders und das begeisterte mich. (...) Bei meinem ersten Familienrat wurde ich so herzlich als Gast empfangen, wie man es nie als Jugendamtsmitarbeiterin erlebt, so dass ich tief erstaunt war. Der Plan, der mir nach drei Stunden von der Familie vorgestellt wurde, versetzte mich in Begeisterung. Dafür hätte ich sicher zehn Beratungsstunden gebraucht und die Familie hat das ganz allein bewerkstelligt! Ich selbst saß nebenan und war nicht daran beteiligt. So kann Soziale Arbeit sein! Damals ging ich mit einem Glücksgefühl nach Hause. Davon wollte ich unbedingt mehr!“

Für alle, die mehr darüber wissen wollen: Zu dieser Tagung und allen dort vorgestellten methodischen Ansätzen wird im Sommer eine Dokumentation in der Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ erscheinen, die über die AGFJ-Homepage www.fachtagungen-jugendhilfe.de bestellt werden kann.



Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamtes Stuttgart; Prof. Dr. Heiko Kleve, Fachhochschule Potsdam



Sina Adamy, Familienratskoordinatorin, Berlin



Plenum

Fotos: Rita Rabe, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Difu, Berlin

Weitere Informationen:

AG Fachtagungen Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Klimaschutz in historischen Quartieren

Am 21. und 22. Oktober 2013 veranstaltete das Difu in Berlin ein Seminar zu den besonderen Chancen, aber auch Anforderungen von Klimaschutzmaßnahmen im historischen Quartier. Dabei wurden Aspekte aufgegriffen, die zuvor bereits in der - im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung - erstellten Arbeitshilfe „Maßnahmen zum Klimaschutz im historischen Quartier“ erarbeitet wurden.

Um den spezifischen Anforderungen im historischen Quartier Rechnung zu tragen, ist ein integrierter Handlungsansatz unerlässlich. Dies betonte der einführende Vortrag von Prof. Dr. Jürg Sulzer und Alexa Bodamer von der TU Dresden. Verknüpft mit diesem Grundgedanken beleuchteten die weiteren Vorträge, welche Maßnahmen in den Bereichen Städtebau, Verkehr, Energieversorgung, infrastrukturelle Ausstattung und Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag leisten können.

Klimaschutz ist deutlich mehr als Gebäudedämmung. Zudem ist falsch umgesetzte Wärmedämmung am Gebäude nicht nur ein optisches Ärgernis, es kann auch zu einer Gebäudeschädigung führen. Hierauf wies die Referentin Sabine Djahanschah von der Deutschen Bundesstiftung Umweltschutz hin. Ein vielversprechender Handlungsansatz sind grundstücksübergreifende Sanierungskonzepte: Matthias Schmidt von Osterwold°Schmidt Exp!ander Architekten aus Weimar zeigte am Beispiel der Erfurter Schottenhöfe das Konzept einer blockbezogenen Energiebilanz, bei der hocheffiziente Neubauten Energieverluste in sensibel sanierten Altbauten ausgleichen. Frank Beckmann von der GEWO BAG Berlin erläuterte, wie die energetische Sanierung der denkmalgeschützten Großwohnsiedlung Haselhorst sozialverträglich gelang.

Historische Stadtquartiere leisten bereits mit ihren überwiegend kompakten Baustrukturen und kurzen Wegen zwischen den unterschiedlichen Nutzungen einen entscheidenden Beitrag zu Klimaschutz, Umweltverträglichkeit und zum sparsamen Ressourceneinsatz. Daher gilt es, die Nahmobilität weiter zu stärken. Auf die Chancen im Handlungsfeld Verkehr ging Prof. Hartmut Topp in

seinem Vortrag ein. Stephan Bogusch von der Hansestadt Stralsund zeigte, wie sich der Fuß- und Radverkehr durch barrierefreie Wege im historischen Quartier weiter stärken lässt. Auf den Aspekt der Energieversorgung fokussierte der Vortrag von Dinah Epperlein von der Stadt Göttingen. Sie hob die Bedeutung der Göttinger Fernwärmenetzen hervor, bei denen auch Biogas umliegender landwirtschaftlicher Betriebe zum Einsatz kommt.

Die Aufgaben des Klimaschutzes in historischen Quartieren sind vielfältig, wesentliche Impulse zur Umsetzung müssen aus der Verwaltung kommen. Anna Wagner aus Weißenfels erörterte, wie die Stadt mit der Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes in der Altstadt Vorbild sein und Impulse für private Investitionen setzen will. Albert Geiger aus Ludwigsburg stellte vor, wie die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit Hilfe des Referats „Nachhaltige Stadtentwicklung“ in der Verwaltung gelingt.

Das Seminar legte den Fokus zwar auf den Klimaschutz, Aufgaben und Möglichkeiten der Klimaanpassung wurden jedoch darüber hinaus angesprochen. Entsprechend wies Joachim Buck von der Stadt Regensburg in seinem Vortrag u.a. auf Entsiegelungs- und Begrünungspotenziale privater Freiflächen hin, um künftigen Hitzeperioden zu begegnen.

Dr. Klaus Habemann-Nieße vom Büro plan zwei Stadtplanung und Architektur in Hannover fasste in seinem Abschlussvortrag die zahlreichen Einzelaspekte wieder zu einem integrierten Handlungsansatz zusammen, der insbesondere in Bestandsquartieren unerlässlich ist für eine zukunftsfähige und energiebewusste Stadtentwicklung.

Das Thema Klimaschutz in historischen Quartieren ist facettenreich. Während des Seminars wurde deutlich, dass nur eine Vielzahl von Maßnahmen in jeweils individuell angepassten Kombinationen in der Lage ist, Klimaschutz in historischen Quartieren umzusetzen und gleichzeitig den Anforderungen des baukulturellen Erbes Rechnung zu tragen. Klimaschutz kann erfolgreich sein, wenn über Disziplingrenzen hinweg zusammengearbeitet wird. Historische Quartiere können dabei zu wichtigen Impulsgebern der Stadtentwicklung werden.

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Bestellung der Arbeitshilfe:
siehe Bestellschein



Eisenach
Foto: Wolf-Christian-Strauss

Herzlich willkommen Minden im Kreis der Difu-Zuwenderstädte!

Umgeben von einer abwechslungsreichen Landschaft liegt Minden in exponierter Lage im Nordosten des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, am nördlichen Fuße des Wiehen- und Wesergebirges sowie am Wasserstraßenkreuz von Weser und Mittellandkanal. Die Stadt ist ein bedeutendes Wirtschafts-, Handels- und Dienstleistungszentrum für ein Umland mit 450 000 Einwohnern. Die unmittelbare Nähe zur dreispurig ausgebauten A2, die Köln-Berliner Eisenbahnstrecke mit IC- und ICE-Haltepunkten und auch das Wasserstraßenkreuz bieten eine optimale Anbindung zu Land und zu Wasser.

Minden ist mit ca. 80 000 Einwohnern kultureller Mittelpunkt sowie Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum des Kreises Minden-Lübbecke. Mit 808 Einwohnern pro Quadratkilometer hat die Stadt im Vergleich zum Kreisgebiet, zum Regierungsbezirk Detmold und auch zum Land Nordrhein-Westfalen eine hohe Bevölkerungsdichte. Der demographische Wandel zeigt sich hier von einer gemäßigten Seite, der eher von Stagnations- als Schrumpfungprozessen gekennzeichnet ist.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Minden zu einem dynamischen Wirtschaftsstandort entwickelt, in dem Metall verarbeitendes Gewerbe, chemische Industrie, Papier-, Holz- und Kunststoffindustrie sowie weltweit agierende Firmen der Elektrotechnik und Nahrungsmittelindustrie dominieren. Die Wirtschaftsunternehmen der Stadt präsentieren sich als „Mindener Mischung“, mit international bekannten Namen, heimlichen Weltmarktführern und solidem Mittelstand. Rund 12 000 Betriebe haben heute in Minden ihren Sitz – vom kleinen Einzelhändler bis zum mittelständischen Unternehmen.

Minden nutzt die Vorteile für Difu-Zuwenderstädte

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Bereichen. Viele Städte mussten aus finanziellen Gründen die eigene Stadtforschung aufgeben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die richtige Entscheidungsfindung jedoch erschwert – und falsche oder zu späte Entscheidungen verursachen mitunter hohe Kosten. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Difu-Forschungsthemen sind keine „Elfenbeinturm-Themen“.

Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen und unterstützt ihre Fortbildung. Die vom Difu initiierten Informationsnetzwerke fördern den kommunalen Erfahrungsaustausch. Difu-Forschungsergebnisse werden den Städten stets zur Verfügung gestellt, oft sind die Städte selbst als Fallstudienstädte in die Studien einbezogen. Über hundert Städte sowie Regional- und Planungsverbände gehören zum Kreis der „Difu-Zuwender“. Sie nutzen die praxisorientierte Arbeit, die das Difu zu allen kommunalrelevanten Themen leistet. Auch Minden nutzt durch seinen Beitritt die Difu-Expertise für Zuwender, u.a.:

- Persönliche Beratung
- Praxisorientierte Fortbildung in Berlin bzw. vor Ort
- Die eigene Stadt als Fallstudienstadt
- Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
- 24-Stunden-Zugang zu Difu-Datenbanken
- Zugang zu exklusiven Informationen im Difu-Extranet
- Die Difu-Neuerscheinungen kostenfrei

Last, but not least: Das Difu ist eine Solidarinstitution der deutschen Städte. Die Forschungstätigkeit und Mitwirkung des Instituts in vielen kommunalrelevanten Entscheidungsprozessen auf Bundesebene (z.B. Baurechtsnovellen, Gemeindesteuerreform, Ausgestaltung von großen Förderprogrammen wie z.B. Soziale Stadt) kommen allen Städten und Gemeinden zugute. Daher ist die Difu-Förderung – unabhängig vom aktuellen Nutzen für die eigene Stadt – stets eine Investition für die Lösung kommunaler Aufgaben.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

<http://www.difu.de/institut/zuwender/zuwendervorteile>

Mehr zu Minden: www.minden.de

Foto: Stadt Minden





Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 1/2014

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Klimaschutz & Soziales

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=N1238V6P>

Elektromobilität in der Stadt- und Verkehrsplanung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=I13F85D9>

Genehmigungsprozess der E-Ladeinfrastruktur in Kommunen: strategische und rechtliche Fragen – Eine Handreichung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=2HS1681F>

Soziale Stadt – Einzelveröffentlichungen

<http://bit.ly/1m8xwOm>

Finanzierung des ÖPNV durch Beiträge

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=N42OHEFV>

Klimaschutz wird öffentlich

http://kommunen.klimaschutz.de/fileadmin/difu_upload/pdf/Publikationen_eigene/20131031_SKKK_Brosch_Oeff_arbeit_RZ_end.pdf

Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=H2LS16QG>

Veranstaltungsdokumentationen

Hauptverkehrsstraßen und integrierte Innenstadtentwicklung

<http://www.difu.de/dokument/hauptverkehrsstrassen-und-integrierte-innenstadtentwicklung.html>

Bildung und Stadtentwicklung – Chancen und Grenzen integrierter Konzepte

<http://www.difu.de/dokument/bildung-und-stadtentwicklung-chancen-und-grenzen.html>

Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint?

<http://www.difu.de/dokument/zielgruppe-maenner-zielgruppe-frauen-wer-ist-denn-nun.html>

Prozessmanagement in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen – Erfahrungen, Trends, Perspektiven

<http://www.difu.de/dokument/prozessmanagement-in-bundes-landes-und.html>

Fit für die Zukunft? Altengerechte Quartiersentwicklung

<http://www.difu.de/dokument/fit-fuer-die-zukunft-altengerechte-quartiersentwicklung.html>

Bewahren, verändern, verhindern – kommunale Handlungsansätze im Umgang mit Segregation und Gentrifizierung

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2013-10-17/bewahren-veraendern-verhindern-kommunale-handlungsansaeetze.html>

Vorträge

Smart City – von der Vision zur Konkretion

Von Elke Pahl-Weber, Michael Prytula, Jens Libbe, Difu und Christoph Stroschein
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2014-01-15/smart-city-von-der-vision-zur-konkretion.html>

Strategieoptionen für Stadtwerke im zukünftigen Energiesystem

Von Rainer Stock
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-12-04/strategieoptionen-fuer-stadtwerke-im-zukuenftigen.html>

Gemeinschaftliche Wohnformen – Impulsgeber für Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung?

Von Ricarda Pätzold
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-11-22/gemeinschaftliche-wohnformen-impulsgeber-fuer.html>

Kommunale Beteiligungskultur: Rollen, Spielregeln und Aushandlungsprozesse auf dem Prüfstand

Von Stephanie Bock und Bettina Reimann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-11-14/kommunale-beteiligungskultur-rollen-spielregeln-und.html>

Neue Finanzierungsformen für den ÖPNV ? – eine Übersicht

Von Tilman Bracher
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-10-31/neue-finanzierungsformen-fuer-den-oepnv-eine-uebersicht.html>

Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account. Registrierte Facebook-Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite anklicken, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu auf ihre Facebook-Neuigkeitenseite gepostet.

<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Dr. Elke Becker hielt am 11.12.13 in Oranienburg im Rahmen der von der Naumann-Stiftung in Kooperation mit der Karl-Hamann-Stiftung durchgeführten Veranstaltung „Was tun, wenn's brennt? Die Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes in Brandenburg“ den Vortrag „Bürgerschaftliches Engagement in Zeiten des demografischen Wandels“.

Tilman Bracher nahm am 26./27.11.13 am Bund-Länder-Arbeitskreis Radverkehr in Erfurt teil. Er war am 20.1.14 im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin zu einem Werkstattgespräch im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Landesverkehrsplans Mecklenburg-Vorpommern und referierte auf der Tagung „Ganzheitliche Verkehrsplanung. Umsetzung in Berlin von 1976-2013“ der Stiftung Heureka im Rathaus Schöneberg am 24.1.14 über „Berlin. Radverkehrsstrategien 2004/2011“.

Am 13.11.13 moderierte **Sebastian Bührmann** einen Workshop des europäischen TIDE-Projekts in Stuttgart zum Thema Innovation im Radverkehr.

Anne Klein-Hitpaß hielt am 28.11.13 im Rahmen des Seminars „Vollständige Barrierefreiheit“ der VDV-Akademie in Berlin einen Vortrag zum „Altengerechten Umbau der Infrastrukturen“. Sie beteiligte sich am 21.2.14 in Basel im Rahmen des Schweizer ECO Naturkongress „Mehr Mobilität dank weniger Verkehr“ an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Innovationen: Mobilität weiterentwickeln oder effizienter nutzen“.

Christine Krüger moderierte am 18.2.14 auf der 7. Fachkonferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ des DStGB in Bonn das Forum zum Thema „Energieeffizienz und Energieeinsparung“.

Jens Libbe referierte am 13.11.13 auf der deutsch-französischen Konferenz „Decentralized water management: a Franco-German perspective“ in Nancy zum Thema „Smart, multifunctional and sustainable infrastructure for water supply and sanitation“. Am 28.11.13 hielt er in Leipzig auf der Fachtagung „Zukunftsfähige Wasserwirtschaft“ den Vortrag „Differenzierte Lösungen für heterogene Problemlagen“ und referierte am 13.12.13 auf der Veranstaltung der DASL-Landesgruppe Berlin-Brandenburg über „Entdichtung im ländlichen Raum: Fragen für die

Daseinsvorsorge zum Thema Neue Wege zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge“.

Difu-Institutsleiter **Martin zur Nedden** hielt am 31.1.14 in Berlin auf dem von Urban Research and Design Laboratory, TU Berlin, veranstalteten Symposium „Ephemere Stadtentwicklung“ den Vortrag „Flexible Instrumente – Möglichkeiten und Grenzen“. Am 12.2. referierte er in Bingen auf der Veranstaltung „Innenstadtverträglichkeit innerstädtischer Einkaufszentren in Klein- und Mittelstädten“ des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV) sowie weiterer Institute zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung – Antworten der Praxis“ sowie am 15.2. in Steinbach im Taunus im Rahmen der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie der Bundes-SGK Berlin zum Thema „Strategische Planung am Beispiel der Stadt Leipzig“.

Dr. Bettina Reimann nahm am 29./30.10.13 in Genf an einer Sitzung der Arbeitsgruppen Integration des Intergovernmental Consultations on Migration, Asylum and Refugees (IGC) teil und hielt dort den Vortrag „Strategies of municipal governments against segregation and polarization“.

Cornelia Rösler wurde in die Jury zum Open Call des Projekts „Rahmenprogramm zur Umsetzung der Energiewende in Kommunen des Ruhrgebiets“ berufen, der von der Stiftung Mercator ausgeschrieben wurde. Die Jury tagte am 13.2.14 in Essen.

Britta Sommer hielt am 16.11.13 auf dem Event „Promoting Local Climate Mitigation“ der internationalen Klimaschutzkonferenz in Warschau einen Vortrag über die Förderung von kommunalen Klimaschutzprojekten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.

Jörg-Thiemann-Linden referierte am 26.2.14 auf der DVWG-Veranstaltung „Elektromobilität und Stadtplanung“ bei der IHK Berlin zum Thema Pedelec und gab einen aktuellen Überblick über den Stand der Forschung und Praxis.

Daniel Zwicker-Schwarm hielt am 19.11.13 im Rahmen der Auftaktveranstaltung zum Projekt „Gewerbeperspektiven Ostwürttemberg“ von Regionalverband und IHK Ostwürttemberg in Oberkochen den Impulsvortrag „Zukunftsfähige Gewerbeflächen: Herausforderungen und Handlungsansätze“.



Foto: Doris Reichel

Difu-Intern: Neubeginn und Abschied



Steffi Greiner
Foto: David Ausserhofer

Steffi Greiner ist seit Januar 2014 nach zweijähriger Elternzeit wieder zurück im Difu als Assistentin im Bereich Mobilität und Infrastruktur. Zuvor war sie Assistentin des Difu-Institutsleiters. Sie ist verantwortlich für die Büroorganisation und Veranstaltungsbetreuung, für das Personalmanagement und die Textbearbeitung. Steffi Greiner ist Volljuristin und war vor ihrer Tätigkeit im Difu als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro einer Bundestagsabgeordneten tätig.



Katja Kreuziger
Foto: Sabine Wede

Katja Kreuziger verstärkt seit Januar 2014 das Sekretariat des Bereichs Mobilität und Infrastruktur. Als Assistentin ist sie mit der Büroorganisation und Veranstaltungsbetreuung, Personalmanagement, Textbearbeitung und Aufgaben im Controlling befasst. Des Weiteren arbeitet sie im Projekt „Pedelec Korridor“. Kreuziger hat einen B.A. der Humboldt-Universität zu Berlin in Asien- und Afrikawissenschaften und war vor ihrer Tätigkeit am Difu in der Film- und Kommunikationsbranche beschäftigt.



Mareike Lettow
Foto: David Ausserhofer

Mareike Lettow arbeitet seit Ende Oktober 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu-Standort Berlin. Als Elternzeitvertretung für Judith Utz ist sie im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz unter anderem für die Beratung der Kommunen zur Kommunalrichtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zuständig. An der Universität Konstanz studierte Mareike Lettow Soziologie und Verwaltungswissenschaften, anschließend absolvierte sie an der Hochschule in Göttingen den Masterstudiengang Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung. Danach war sie als Projektmanagerin im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz für die Stadt Osnabrück tätig. Zu ihren Aufgaben gehörten die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen in klimaschutzrelevanten Handlungsfeldern, die Beantragung und administrative Abwicklung von Förderprogrammen sowie verschiedene Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit.



Stefanie Menzel
Foto: David Ausserhofer

Seit Oktober 2013 arbeitet **Stefanie Menzel** als Assistentin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz am Standort Berlin. Dort ist sie zuständig für die Organisation des Sekretariats, die Vorbereitung von Veranstaltungen und sie unterstützt das Arbeitsteam in allen administrativen und

organisatorischen Aufgaben. Sie studierte Kultur- und Medienpädagogik mit den Schwerpunkten Theaterpädagogik und Kulturmanagement an der Hochschule Merseburg. Bereits vor und während ihres Studiums war sie in einigen Kultureinrichtungen tätig und sammelte u.a. praktische Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nebenberuflich studiert Stefanie Menzel den Masterstudiengang „Kulturmanagement und Kulturtourismus“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Dr.-Ing. Michael Prytula verlässt nach knapp einjähriger Tätigkeit im Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur das Difu. In der Geschäftsstelle der Nationalen Plattform Zukunftsstadt, die von der Fraunhofer-Gesellschaft und dem Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam betrieben wird, war er mit der Vorbereitung von Konzepten befasst, wie Städte möglichst CO₂-neutral, energieeffizient und klimaangepasst weiter entwickelt werden können. Diesen Fragen wird er künftig – weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Difu – nachgehen. Er übernimmt jedoch an der FH Potsdam zum Sommersemester 2014 die neue Forschungsprofessur „Ressourcenoptimiertes und klimaangepasstes Bauen“ mit der Aufgabe, im künftigen Masterstudiengang „Urbane Zukunft“ zu lehren und forschen.



Dr.-Ing. Michael Prytula
Foto: privat

Mediennachlese – Auswahl

[...] Gleichwohl reichen die Einnahmen nicht aus, den eigentlichen Bedarf zu decken. Und der ist immens: So hat uns die von der Verkehrsministerkonferenz der Länder und des Bundes eingesetzte Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ vorgerechnet, dass die Verkehrswege-etats von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich um 7,2 Mrd. Euro aufgestockt werden müssten, wenn der aufgelaufene Investitionsstau in fünfzehn Jahren abgebaut und gleichzeitig die Erhaltung des Netzes sichergestellt werden soll. Auch das Deutsche Institut für Urbanistik hat uns kürzlich mit einem kommunalen Investitionsrückstand von 128 Mrd. Euro konfrontiert. Derzeit geben die deutschen Städte und Gemeinden 21 Mrd. Euro für Sachinvestitionen aus. Wollte man nur den Investitionsstau innerhalb von 15 Jahren abbauen, müsste das kommunale Investitionsniveau um jährlich 8,5 Mrd. Euro angehoben werden. [...] **Allgemeine Bauzeitung, Mittwoch, 7.2.2014**

[...] Skeptisch sieht auch Tilman Bracher vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin solche Überlegungen. Der Verkehrsforscher beschäftigt sich seit Längerem mit alternativen Mobilitätsformen – und räumt den Rikschas in Mitteleuropa weiterhin allenfalls eine Chance als Nischenverkehrsmittel ein. So seien Auto-Taxis nach wie vor „deutlich schneller und deutlich preiswerter“ als die Rikschas, sagt Bracher. Anders als bei Taxis gibt es im Rikschas-Gewerbe keine festen Tarife – Kunde und Fahrer handeln vielmehr vor jeder Tour den Preis aus. Eine 30-Minuten-Tour durch die Altstadt kommt so auf 30 bis 40 Euro, längere Fahrten können auch mal 60 bis 70 Euro kosten. Zudem können sich Rikschas-Unternehmer Leerfahrten kaum leisten – auch das ein Grund, warum sich die Fahrer bislang vor allem im Zentrum tummeln [...] **Süddeutsche Zeitung, 4.2.2014**

„Muss Mobilität in den Städten neu gedacht werden?“ Wie können wir unsere überfüllten Straßen entlasten? Sendung mit Tilman Bracher, Bereichsleiter Mobilität und Infrastruktur beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin, **Deutschlandfunk, Länderzeit/Beitrag vom 29.1.2014** zum Nachhören: http://www.deutschlandfunk.de/strassenverkehr-muss-mobilitaet-in-den-staedten-neu-gedacht.1771.de.html?dram:article_id=275767

[...] Dabei geht es den Kölnern mit ihrer Hohenzollernbrücke sogar vergleichsweise

gut. Die Brücke, mit rund 1220 Zügen pro Tag nach Angaben der Bahn eine der meist befahrenen Eisenbahnbrücken Deutschlands, ist an sich nicht marode. Sie wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg neu aufgebaut. Saniert werden müssen nur die Schienen. Die Deutsche Bahn (DB) investiert in die Erneuerung elf Millionen Euro. Andernorts sieht es schlechter aus, wie Busso Grabow vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) bestätigt. „In einer Studie haben wir ermittelt, dass allein von den 67.000 Brücken, die in die Zuständigkeit von Städten und Gemeinden fallen, 15 Prozent marode sind“, sagt er. „Es liegt schlicht daran, dass wir in Deutschland nicht zur richtigen Zeit investieren, wenn es nötig wird.“ [...] **Deutsche Welle, 25.1.2014**

近年来,德国人口流动的主要趋势是,迁往以柏林、汉堡、法兰克福、科隆、斯图加特、慕尼黑等大城市为核心的地区。据2012年柏林市城市规划局统计,2011年柏林人口约为350万。规划局预计,到2015年,柏林市人口将达360多万。而在这期间,德国人口总数呈下降趋势。

“过去5至10年,再城镇化的趋势在德国非常明显。”德国城市研究所所长马丁·苏·奈登告诉本报记者,“城市生活质量的提高是促使人们做出这种选择的重要因素。”

People's Daily 23.1.2014

[...] Deutschlands Brücken bröckeln: Jede zweite muss saniert werden. Mit Sensoren wollen Ingenieure mürben Beton und schlappen Stahl entdecken. [...] Eine Task-Force von Wissenschaftlern verschiedener Universitäten und Ingenieurbüros soll eine echtzeitnahe Überwachung für die Tragwerke entwickeln. [...] Kein schlechter Plan, denn rund die Hälfte der Brücken in Deutschland bröckelt. Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik muss jede zweite der knapp 67000 Überführungen in kommunaler Zuständigkeit saniert werden. 15 Prozent betrachten die Experten als rettungslos lädiert. Geschätzte Kosten fürs Gemeinwesen: etwa elf Milliarden Euro für Neubauten, bis zu sechs Milliarden für Instandsetzungen. [...] **Der SPIEGEL, 4/2014**



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Laura Klopp (Praktikantin)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sabine Wede (studentische Mitarbeiterin)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
Max Wiesner (Praktikant)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich
Stand: 18. März 2014

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

[...] C'est un terrain vague de 18.000 m² coincé entre la Spree, la voie ferrée du RER berlinois et les tristes barres d'immeubles du centre de la capitale allemande. Dans quelques mois s'y érigera un quartier inédit. Baptisé «Holzmarkt» [...], le projet prévoit la création d'un village d'artistes et d'artisans, associé à un parc, des logements étudiants accolés à un centre pour start-up, un hôtel, un restaurant, ou encore un club. «Ce projet est particulier du fait de sa taille, de l'association de nombreuses idées différentes, mais aussi parce qu'il rompt avec les habitudes actuelles du développement immobilier», explique Ricarda Paetzold, chercheuse à l'Institut allemand d'urbanisme (Difu). Derrière le Holzmarkt, pas d'investisseur immobilier classique, mais un fonds de pension atypique et des citoyens rassemblés en coopérative. Si les coopératives sont une vieille tradition outre-Rhin, celles de «construction [«Baugruppe»] se limitent généralement à une maison, souligne Ricarda Paetzold. Des citoyens osant se lancer dans un projet d'une telle ampleur, c'est inhabituel. [...] **La Tribune, 24.1.2014**

[...] Eine Wohnungsbesichtigung in Berlin-Friedrichshain. Drei Dutzend Suchende für 30 Quadratmeter. [...] Wer diese Erfahrung gemacht hat, den tröstet es auch nicht, dass der aktuelle Mietspiegel Berlin mit durchschnittlich 5 Euro 54 pro Quadratmeter nettokalt nach wie vor ein erträgliches Mietniveau attestiert. In beliebten Kiezen ist es gerne mal doppelt so teuer. Die Stadt hole gerade nach, was in anderen Metropolen schon lange zu besichtigen ist, sagt Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik: „In Berlin war immer alles anders. Alle kamen hierher und staunten – und staunen ja immer noch, muss man ja auch dazu sagen – darüber, dass es so ein günstiges Leben ist, wozu der Wohnungsmarkt einen entscheidenden Beitrag leistet. Und das ändert sich jetzt seit drei Jahren spürbar und schnell. Und deshalb entsteht ein enormer Handlungsdruck.“, [...] **rbb inforadio, 31.12.2013**

[...] Now, nearly half of Germany's municipal bridges and one-fifth of its highways are considered to be in poor condition, according to federal data and a study by the German Institute for Urban Affairs. In 2011, the most recent year for which figures are available, Germany spent 0.6 percent of its gross domestic product on building and maintaining inland transportation infrastructure, according to the Organization for Economic Cooperation and Development. That was less than France, Britain, Canada and many others in the developed world. And the quality of Germany's infrastructure has been

slipping in international rankings. Germany placed 10th in the world in 2013 in terms of quality of overall infrastructure, according to surveys by the World Economic Forum, down from third place in 2006. The United States was ranked 19th in 2013, down from eighth in 2006. [...] **Washington Post, 30.12.2013**

[...] In Indien werden Slums als „Bazars“, im Nahen Osten als „Compounds“ und in Brasilien eben als „Favelas“ bezeichnet. Umgangssprachlich werden heute generell überfüllte und verwahrloste Teile von Städten als Slums bezeichnet. Charakteristisch für solche Gebiete sind eine stark verfallene Bausubstanz der Häuser und schlecht ausgebaute Infrastrukturen. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin sind Slums in der Bundesrepublik derzeit kein Thema. **Kreiszeitung, 7.12.2013**

[...] Städte sind organische Wesen und bestehen nicht nur aus Fassaden und Grüngürteln. Ihre wichtigsten Organe liegen unter der Haut: die technischen Netze, die den Organismus Stadt am Leben halten. Schon 2008 hatte das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin gewarnt, bis 2020 müssten 704 Milliarden Euro nur allein für die Reparatur der Infrastruktur aufgewandt werden – das Zehnfache der Summe, die nach den Koalitionsverhandlungen für den Straßenbau aufgebracht werden soll. Dass in Leerstandszonen riesige Wartungs- und Rückbaukosten hinzukommen, macht aus dem einst gefeierten Stadtrandwohnen eine gigantische Fehlinvestition. [...] **Die WELT, 4.12.2013**

[...] „Einzelne Kommunen und Städte in Deutschland sind heute im Vergleich zu Bund und Ländern schon viel weiter, was die Nachhaltigkeit betrifft“, sagt Busso Grabow, Leiter Wirtschaft und Finanzen beim Deutschen Institut für Urbanistik. Sie seien die „Leuchttürme der Nachhaltigkeit“. Projekte und Initiativen gibt es viele: Tausende Kommunen in Deutschland besitzen eine sogenannte lokale Agenda 21, um nachhaltige Projekte voranzutreiben [...] „Durch das Engagement auf lokaler Ebene wird für viele Menschen erst begreifbar und im Alltag spürbar, was Nachhaltigkeit bedeutet“, sagt Grabow. Von den Aktionen auf Bundesebene bekämen sie oft kaum etwas mit, manchmal nur, dass die Strompreise steigen. Das werfe ein eher negatives Bild auf den Umbruch. Dagegen merken sie vor Ort durch Projekte und Aktionen, welche positiven Auswirkungen die Umstellung haben kann – in den Angeboten zur Mobilität, in der Bildung oder in der Umwelt- und Lebensqualität. **FAZ, 22.11.2013**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse

__ Expl. Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur

NEU

Ansatzpunkte für eine nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt – Das Beispiel der Stadt Köln
Ergebnisse einer Vorstudie
Von Stefan Schneider, C.-A. Goerl und Michael Thöne
Bd. 3/2014. 54 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-531-8

__ Expl. Zukunftsfähige Energiekonzepte in Kommunen

NEU

Dokumentation des Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 22./23. April 2013 in Mannheim
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2014. 210 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-530-1

__ Expl. Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung

NEU

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil“ am 26./27. September 2013 in Dessau-Roßlau
Jürgen Gies und Martina Hertel (Hrsg.)
Bd. 1/2014. 146 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-528-8

__ Expl. Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf

Von Wulf-Holger Arndt u.a.
Bd. 6/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-527-1

__ Expl. Wirtschaftsflächen der Zukunft

Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen.
Fachtagungsdoku, Daniel Zwicker-Schwarm (Hrsg.)
Bd. 5/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-525-7

__ Expl. Jetzt auch noch resilient?

Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 4/2013. 82 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-520-2

__ Expl. Städtischer Wirtschaftsverkehr

Doku der Internationalen Konferenz 2012 (dt./engl./fr.)
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.)
Bd. 3/2013. 248 S., Schutzgebühr 25,- Euro
ISBN 978-3-88118-518-9

__ Expl. Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden

Von Marion Eberlein und Anne Klein-Hitpaß
Bd. 6/2012. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-514-1

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

__ Expl. Finanzierung des ÖPNV durch Beiträge

Ist das Beitragsmodell eine Handlungsoption zur Finanzierung eines attraktiven ÖPNV-Betriebs?
Von Tilman Bracher, Jürgen Gies, Irene Schlünder unter Mitarbeit von Thomas Warnecke und Klaus J. Beckmann
2013. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Räumliche Implikationen der Energiewende

Positionspapier
Von Klaus J. Beckmann u.a.
2013. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro,
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/raeumliche-implikationen-der-energiewende.html>

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

__ Expl. Haftungsrisiko Kinderschutz – Blockade oder Motor?

NEU

Doku der Fachtagung am 10./11. Oktober 2013
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2014. Bd. 91. 198 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-98-4

__ Expl. Beschwerdemanagement und Ombudschaft – eine Qualitätsstrategie für die Jugendämter?

Doku der Fachtagung am 25./26. April 2013
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2013. Bd. 90. 172 S., 19,- Euro
SBN 978-3-931418-97-7

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

__ Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

NEU

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-529-5

__ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-508-0

__ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4

__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**__ Expl. Radverkehr in Deutschland**

NEU
Zahlen, Daten, Fakten
Von T. Bracher, M. Hertel, E. Lohmann (i.A. des BMVI)
2014. Ca. 40 S., vierfarbig, zahlreiche Abbildungen,
kostenlos, in Vorbereitung
Download: www.difu.de/publikationen

__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2013

NEU
Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2014. 116 S., zahlreiche Fotos und Abb., kostenlos
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2014/kommunaler-klimaschutz-2013.html>

__ Expl. Klimaschutz & Soziales

NEU
Kommunale Ansätze für einen sozialverträglichen Klimaschutz, SK:KK beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.), 2014. 72 S., kostenlos
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=N1238V6P>

__ Expl. Elektromobilität in der Stadt- und Verkehrsplanung

NEU
Praxiserfahrungen aus den Modellregionen und weitere Wissensbedarfe
Von Anne Klein-Hitpaß u.a., Hrsg. BMVI
2014. 92 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Übersichten
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=I13F85D9>

__ Expl. Genehmigungsprozess der E-Ladeinfrastruktur in Kommunen: strategische und rechtliche Fragen

NEU
Eine Handreichung
Von Thomas Warnecke, Hrsg. BMVI
2014. 28 S., vierfarbig, ausführliches Praxisbeispiel
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=2HSI681F>

__ Expl. Urbane Räume in Bewegung

Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 420 S., farbig, zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-522-6

Klimaschutz wird öffentlich. Die Förderung von Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kommunalrichtlinie

Im Auftrag des BMU herausgegeben vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik
2013. 48 S., kostenlos

Bestellungen an: menzel@difu.de

Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/klimaschutz-wird-oeffentlich.html>

Demographischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz

Teil I: Literaturstudie, Teil II: Praxisstudie
Von Beate Hollbach-Grömig, Nicole Langel u.a.; Hrsg. Umweltbundesamt
2013. Teil I: 139 S., Teil II: 135 S.
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/demographischer-wandel-herausforderungen-und.html>

__ Expl. Klimaschutz & Mobilität

Beispiele aus der kommunalen Praxis und Forschung
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 126 S., kostenlos, Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/klimaschutz-mobilitaet.html>

__ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen

Von Stephanie Bock, Bettina Reimann und Klaus J. Beckmann
2013. 100 S., teilweise farbig, 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-524-0

Zeitschriften**__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2013:
Stadt, Raum und Gewalt
132 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2013:
Westeuropäische Großsiedlungen
184 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro